

DIE RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN IN DER **REPUBLIK BELARUS¹**

von

VADIM SAMARIN

I. EINLEITUNG

Mit jedem Jahr werden die Verbindungen zwischen den Völkern und zwischen den Ländern immer enger, der Prozess der Überquerung der Staatsgrenzen wird einfacher, das sog. „Regime der visumlosen Einreise“ entwickelt sich. Die internationale Kriminalität schlachtet einige politische Erfolge aus, die zur Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen sich wenden, für seine gemeingefährlichen Zwecke einschließlich der Erweiterung der rechtswidrigen Tätigkeit.

Somit braucht der Staat die Rechtshilfe anderer Staaten. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der unabhängigen Souveränen entsteht. Zur Erfüllung der Allgemeinen Aufgabe, die Gesellschaft gegen rechtswidrige Eingriffe zu verteidigen, haben die Staaten ihre Kräfte vereinigt, um die Kriminalitätsrate zu vermindern. Die Völkergemeinschaft ist sich bewusst, dass die Kriminalität kein Problem eines einzelnen Staates ist, dass die Verbrechen, die im fernen Teil des Planeten verübt werden, kann auf die öffentlichen Verhältnisse in vielen Ländern einwirken können. Die Zusammenarbeit, die auf der völkerrechtlichen Basis und der entwickelten nationalen Gesetzgebung gegründet ist, bringt die wirksamsten Ergebnisse, weil die Zusammenarbeit den sozialen Nutzen bringen soll, sogar bei der Abwesenheit der Verträge zwischen den Staaten oder bei den Lücken in den wirksamen Verträgen.

Als ein Mitglied der Vereinten Nationen kündigte die Republik Belarus im Jahre 1991 den Vertrag von 1922 über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Von diesem Zeitpunkt begann die Republik eine eigene nationale Gesetzgebung, einschließlich auf dem Gebiet der Rechtshilfe in Strafsachen, zu schaffen.

II. Historische Entwicklung der Fragestellung

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Gesetzgebung der Republik Belarus die Gesetzgebung des mittelalterlichen Staates des Großfürstentums Litauen² zur Rechtsgrundlagen hat.

¹ Der Name des Staates ist entsprechend dem „Verzeichnis der Staaten und sonstigen Hoheitsgebiete, Staatenteile und Nebengebiete“ (Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen. 2. Auflage. – R.v. Decker, 1997. – II 1, 3) angegeben; die traditionelle Bezeichnung ist „*Republik Weißrussland*“.

Zwar waren in der belarussischen Sprache solche Rechtsdenkmäler, wie Statuten des Großfürstentums Litauen von 1529, 1566, 1588, geschrieben. In den Statuten wurden nur die Fragen der innerstaatlichen Übergabe flüchtigen Ingesindes (Bauern) behandelt. Die Fragen der Auslieferung an das Ausland wurden nach dem Willen des Monarchen (des Großfürsten) entschieden. Darüber konnten einmalige Übereinkünfte geschlossen werden.

Nach der Teilung des Rzeczpospolita, zu dem das Großfürstentum Litauen gehörte, und der Annexion belarussischer Länder durch das Russische Imperium war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auf dem Territorium der gegründeten Nordwestlichen Region weiter das Statut 1588 des Großfürstentums Litauen in Geltung. In der Gesetzgebung Russlands waren Normen über die Rechtshilfe in Strafsachen selten. So sah Art. 13 des Strafgesetzbuches des Russischen Imperiums von 1903 die Möglichkeit der Auslieferung eines Ausländers auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrages oder der Gegenseitigkeit vor³. Im Jahre 1911 wurde das Gesetz des Russischen Imperiums über die Auslieferung veröffentlicht. Wegen der nachfolgenden Ereignisse ist das Gesetz nie angewendet worden. Es muss darauf hingewiesen werden, dass für das vorrevolutionäre Russland viele Abschlüsse völkerrechtlicher Verträge auf dem Gebiet der Rechtshilfe (besonders der Auslieferung) charakteristisch waren⁴.

Mit dem Sieg des bewaffneten Aufstandes in Petrograd war in 1917 die Gesetzgebung des Russischen Imperiums außer Kraft gesetzt. Der unabhängige belarussische Staat wurde in die neugegründete UdSSR aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte die Gesetzgebung in Belarus durch Unionsgesetzgebung. In der Strafprozessordnung der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik von 1960⁵ sind erstmals Vorschriften über die Rechtshilfe in Strafsachen enthalten gewesen. In Art. 20 wurde bezeichnet, dass

- (i) das Verfahren der Verbindung der Gerichte, der Staatsanwälte, der Untersuchungsführer und der Organe der Ermittlung mit den entsprechenden ausländischen Behörden, und gleich
- (ii) das Verfahren der Erfüllung eines Ersuchens der ausländischen Behörden

von der Gesetzgebung der UdSSR und der BSSR und den internationalen Verträgen, die UdSSR und BSSR mit dem entsprechenden Staat abgeschlossen haben, statuiert werden.

III. Belarus als Mitglied von INTERPOL

Anfang Oktober 1993 fand auf der Insel Aruba die 62. Tagung der Generalversammlung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation statt. Auf dieser Versammlung wurde die

² In mittelalterlichen deutschsprachigen Texten hieß der Staat „Littouven“.

³ Ugolovnoje ulozhenije (Strafgesetzbuch) vom 22.3.1903 in Rossijskoje zakonodatelstvo X-XX vekov (Die Russischen Gesetzgebung des 10.-20. Jahrhunderts). Bd 9. Moskau 1994, S. 277.

⁴ Vgl. V.M. Volzhenkina, Vydacha v Rossijskom ugolovnom prozesse (Die Auslieferung im russischen Strafprozess). Moskau 2002, S. 44-45.

⁵ Ugolovno-prozessualnyj kodeks Respubliki Belarus (Strafprozessordnung der Republik Belarus) vom 29.12.1960. Minsk 1994, 304 S.

Republik Belarus in den Kreis der Interpolmitglieder aufgenommen⁶. In der Verordnung des Ministerrates der Republik Belarus № 774 vom 10. November 1993 „Ab udaskanalenni mer ahovy gramadzka parađku i barazby sa slachynnaszju (Zur Verbesserung von Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und des Kampfes gegen die Kriminalität)“⁷ ist vorgeschrieben, dass in der Struktur des zentralen Apparates des Innenministeriums das Nationale Zentralbüro Interpol zu bilden ist. Das Büro begann seine Arbeit Anfang 1994 in der Hauptverwaltung der kriminellen Miliz des Innenministeriums.

Die Verordnung über das Nationale Zentralbüro Interpol in der Republik Belarus und die Vorschrift über das Verfahren der Erfüllung und der Sendung der Anfragen und der Ersuchen von den Organen des Innenministeriums innerhalb der Interpol sind mit den behördlichen normativen rechtlichen Akten des Innenministeriums der Republik Belarus genehmigt. Im Unterschied zu Russland, Schweiz, Ukraine gibt es in Belarus keine normative rechtliche Akte, die deutlich bezeichnen, dass das Nationale Zentralbüro Interpol eine Behörde für die Zusammenarbeit der rechtsschützenden Behörden der Republik Belarus mit ähnlichen ausländischen Behörden ist.

IV. Die völkerrechtlichen Vorträge der Republik Belarus

Die souveränen Staaten vereinigen ihre Kräfte im Kampf gegen die Kriminalität vor allen Dingen durch den Abschluss zweiseitiger Verträge über die Auslieferung (Belarus hat einen solchen Vertrag mit VR China abgeschlossen) und über die Rechtshilfe (Belarus ist einen Rechtsnachfolger der UdSSR in den Verträgen mit Finnland, Kuba, Tschechien und Ungarn und hat Verträge mit VR China, Lettland, Litauen, Polen, Vietnam abgeschlossen). Vom Ende des 20. Jahrhunderts an haben die Staaten auch Verträge über die Überstellung (Übergabe) der Personen, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt sind, für das Abbüßen der Strafe im Land ihrer Staatsangehörigkeit abzuschließen begonnen. Die Republik Belarus hat gleichartige Verträge mit Litauen und Turkmenistan. Ähnliche Vorschriften sind auch in Art. 89-104 des Vertrags mit Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen enthalten. Eine Unterscheidungsbesonderheit der Verträge mit Litauen und Polen ist die Möglichkeit der Übergabe der Person nicht nur für weiteres Abbüßen der Strafe, sondern auch für die Anwendung von Zwangsmassnahmen medizinischen Charakters (z. B. die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus).

Zur Zeit existiert ein internationales Übereinkommen über die Frage der Rechtshilfe und der Auslieferung nicht. Wegen der Verschiedenartigkeit der Rechtssysteme ziehen die Staaten den Abschluss regionaler Übereinkommen vor. Belarus ist kein Mitglied des Europarates, aber im Staatlichen Programm über die Verstärkung des Kampfes gegen die Kriminalität für die Jahre 2004-2005 (vom Erlass des Präsidenten der Republik Belarus № 75 vom 13. Februar 2004 genehmigt)⁸ ist dem Außenministerium, dem Justizministerium, der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium Anweisung gegeben, die Verhandlungen mit dem Europarat über den Beitritt der Republik Belarus zu den Hauptverträgen im strafrechtlichen Bereich (das Europäische

⁶ *Samarin V.* Interpol. Mezhdunarodnaja organizacija ugotovnoj polizii (Interpol. Die Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation). Sankt-Petersburg 2004, S. 90.

⁷ Sbor pastanou uradu Respubliki Belarus 1993, Nr. 31, Art. 622.

⁸ Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 23.2.2004, Nr. 27, 1/5335.

Auslieferungsübereinkommen von 1957, das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen von 1959, das Europäische Übereinkommen über die Übertragung der Strafverfolgung von 1978) fortzusetzen. Auf jeden Fall erfüllen belarussische Behörde deutsche Ersuchen erfolgreich vertraglos. Gleichzeitig gelten für Belarus die GUS-Übereinkommen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien- und Strafsachen, die in Minsk (1993) und Kischinjow (2002) unterzeichnet worden sind.

Die Republik Belarus nimmt am multilateralen Übereinkommen, das zwischen den GUS-Ländern abgeschlossen ist – das Übereinkommen über die Überstellung der Verurteilten zur Freiheitsstrafe für weiteres Abbüßen der Strafe vom 6. März 1998 (Moskau)⁹ – teil. In diesem Übereinkommen ist die praktische Erfahrung berücksichtigt und es erstreckt sich auch auf Personen ohne Staatsangehörigkeit, die ihr Domizil in einem der Vertragsstaaten haben.

Außerdem ist die Rechtshilfeleistung in Strafsachen auch in den multilateralen Übereinkommen, die Belarus unterschrieben hat (das UN-Übereinkommen gegen die transnationale organisierte Kriminalität, das Europäische Strafrechtsübereinkommen gegen Korruption, das Übereinkommen gegen Folter und andere harte, unmenschliche oder die Würde erniedrigende Arten der Behandlung und der Strafen und andere Übereinkommen), vorgesehen.

Die rechtsschützenden Behörden in Belarus (das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft) schließen mit ähnlichen Behörden anderer Staaten Abkommen über die Zusammenarbeit ab, die, neben anderen, die Fragen berühren, die mit den Rechten und Freiheiten der Menschen und dem Strafverfahren verbunden sind. Die Anwendung dieser Abkommen im Strafgerichtsverfahren widerspricht Art. 25 Teil 1 und Art. 97 Teil 1 Nr. 2 der Verfassung der Republik Belarus¹⁰, Art. 8 des Gesetzes der Republik Belarus „O mezhduarodnyh dogovorah Respubliki Belarus (Über die völkerrechtlichen Verträge der Republik Belarus)“¹¹, die die Fragen über den grundsätzlichen Inhalt und die Prinzipien der Realisierung der Rechte, der Freiheiten und der Pflichten der Bürger, sowie über das Gerichtsverfahren zu der Zuständigkeit von Belarus schreiben und die Ratifikation fordern, weil diese Fragen von den Gesetzen in Belarus geregelt werden sollen. Die behördeninternen Abkommen des Innenministeriums der Republik Belarus enthalten oft Vorschriften (über die Auslieferung, die Festnahme, die Verhaftung), die zur Beschränkung der Grundrechte der Bürger führen können. So enthält das Abkommen über das Zusammenwirken der Innenministerien der unabhängigen Staaten im Bereich des Kampfes gegen die Kriminalität von 1992 Vorschriften über die Erfüllung der Anfragen und der Ersuchen über die Festnahme, die Verhaftung und die Auslieferung¹².

V. Die Gesetzgebung über die Rechtshilfefragen

⁹ «Sodruzhestvo». Das Informationsblatt des Staatsoberhauptrats und Regierungschefrates der GUS, 1998, Nr. 1(28).

¹⁰ Die Verfassung der Republik Belarus vom 15.3.1994 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 5.1.1999, Nr. 1, 1/0).

¹¹ Das Gesetz der Republik Belarus vom 23.10.1991 (Vedomosci Nazionalnogo Sobranija Respubliki Belarus, 1998, Nr. 29-30, Art. 469).

¹² Vgl. *V.M. Volzhenkina*. Normy mezhduarodnogo prava v rossijskom ugolovnom processe (Die Normen des Völkerrechts im russischen Strafprozess). Sankt-Petersburg 2001, S. 81,82.

Im Jahre 1999 hat der Präsident der Republik Belarus die neue Strafprozessordnung (StPO)¹³ unterschrieben; am 1. Januar 2001 ist sie rechtskräftig geworden. Man muss berücksichtigen, dass die StPO der Republik Belarus gemäß Art. 1 die einzige und obligatorische rechtliche Kodifikation ist, die das Verfahren der Tätigkeit der Organe, die den Strafprozess führen¹⁴, sowie die Rechte und die Pflichten der Strafprozess Teilnehmer festlegt. Dabei schützt die kodifizierte Form der Strafprozessgesetzgebung am wirksamsten die Menschenrechte¹⁵, weil die Vorschriften der StPO die Verfassung der Republik Belarus zur Grundlage haben. Die kodifizierte Form der Vorschriften versorgt die volle Systemregelung der im Strafprozess entstehenden öffentlichen Verhältnisse. Wenn man die Vorschriften über die Zusammenarbeit der belarussischen Organe, die den Strafprozess führen, mit den ausländischen Justizinstitutionen außer der StPO herausträgt, so wird es zur Zerstörung der Idee der Kodifizierung führen. Diese Idee hat aber vom eigenen Zweck die Erreichung der Stabilität der juristischen Normen, die Nichtzulassung der Kollision zwischen ihnen und die Sicherung der Einheitlichkeit der verwendeten Fachwörter. Die Anwendung des einzigen Gesetzes, die die Tätigkeit der Organe, die den Strafprozess führen, regelt, vereinfacht der Rechtsanwendung und macht die Gesetzgebung auf diesem Gebiet allgemeinverständlich. Die Vorschriften der StPO über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Strafgerichtsverfahrens sind bestimmt die Lücken und die Nichtvollkommenheit geltender völkerrechtlichen Verträge auszufüllen, die Untersuchungspraktiken zu reglementieren und die Probleme der Rechtshilfeleistung auf Grund des Prinzips der Gegenseitigkeit zu lösen. Die völkerrechtlichen Verträge im Strafprozess werden gemeinsam mit der StPO verwendet und nur wenn sie die Rechte und die Freiheiten der Menschen und der Bürger festsetzen. Außerdem soll man berücksichtigen, dass z. B. Art. 22 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens¹⁶ die Regelung des Auslieferungsverfahrens auf Nationalgesetzgebungsebene vorgesehen hat. Leider nennt nur die StPO belarussische Behörden, die zuständig mit den ausländischen Justizinstitutionen zusammenzuarbeiten sind. In den übrigen Fragen der Zusammenarbeit verweist er auf die völkerrechtlichen Verträgen und den nicht in ihr eingerichteten Regeln ab.

Es soll auch bemerkt sein, dass das belarussischen Parlament am 18. Mai 2004 das Gesetz „O mezhdunarodnoj pravovoj pomoschi po ugovnym delam“ (Über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen) angenommen hat. Dieses legt die Begriffe der internationalen Rechtshilfe und die Liste von ihren Arten, den Begriff des Prinzips der Gegenseitigkeit, die Sprache für alle Rechtshilfeunterlagen und einige Ablehnungsgründe für Rechthilfe fest. Das Gesetz wiederholt auch die lückenhaften Vorschriften der StPO. Das tritt in Kraft nur wenn in die StPO entsprechende Änderungen annehmen werden.

a) Auslieferung

Die Fragen der Auslieferung sind gegenwärtig in Art. 10 Teil 3 der Verfassung der Republik Belarus und in Art. 5 des Gesetzes der Republik Belarus „O grazhdanstve Respubliki Belarus (Über

¹³ Ugolovno-prozessualnyj kodeks Respubliki Belarus (Strafprozessordnung der Republik Belarus) vom 16.7.1999 (Vedomosci Nazionalnogo Sobranija Respubliki Belarus, 1999, Nr. 28-29, Art. 433).

¹⁴ Entsprechend Art. 6 der StPO «die Organe, die den Strafprozess führen» sind das Organ der Ermittlung, der Ermittlungsführer, der Untersuchungsführer, der Staatsanwalt und das Gericht.

¹⁵ Vgl. *Volzhenkina* (Anm. 11), S. 10.

¹⁶ BGBl. 1976 II, S. 1778ff.

die Staatsangehörigkeit der Republik Belarus)¹⁷ geregelt, wo das Prinzip der Nicht-Auslieferung der belarussischen Bürger angeordnet ist, falls in völkerrechtlichen Verträgen nicht anderes vorgesehen ist. Auch ist es in Art. 7 des StGB der Republik Belarus geregelt, dass „*der ausländische Bürger oder die Person ohne Staatsangehörigkeit, die ein Verbrechen außerhalb der Grenzen der Republik Belarus begangen hat und die sich auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus befindet, dem ausländischen Staat*“ gemäß dem völkerrechtlichen Vertrag oder auf Grund des Prinzips der Gegenseitigkeit ausgeliefert werden können. In dem letzten Fall weist das StGB auf die Notwendigkeit der Beachtung der Vorschriften der belarussischen Gesetzgebung hin¹⁸. Leider sind in der belarussischen Gesetzgebung bis zum gegenwärtigen Moment die Voraussetzungen der Anwendung des Prinzips der Gegenseitigkeit nicht bestimmt.

In der StPO existiert der Grund für die Festnahme der Person bei Vorliegen eines Beschlusses (Befehls), der von der zuständigen ausländischen Behörde ausgestellt ist. Gemäß Art. 108 Teil 1 Nr. 4 der StPO darf eine Person festgenommen werden, falls es „*andere ausreichende Grundlagen*“ gibt ihn wegen der Verübung eines Verbrechens zu verdächtigen, soll aber innerhalb von 12 Stunden die Strafverfolgung dieser Person eingeleitet sein oder soll sie freigelassen werden (Art. 108 Teil 2). Die Grundlagen für die Einleitung der Strafverfolgung fehlen. Die Festnahme auf Grund der behördeninternen Abkommen widerspricht Art. 25 der Verfassung der Republik Belarus, wo geschrieben ist, dass „*die Beschränkung oder der Entzug persönlicher Freiheit in den Fällen und auf dem Weg, die vom Gesetz vorgeschrieben sind, möglich ist*“. In der Praxis findet die Festnahme der erforderlichen Personen¹⁹ aber auf Grund solchen Abkommen statt.

Ausgehend von den Vorschriften in Art. 60 der Verfassung der Republik Belarus („*werden jedem der Schutz seiner Rechte und Freiheiten vom zuständigen, unabhängigen und unparteiischen Gericht garantiert...*“), denken wir, dass die Verhaftung der Person in der Absicht der Auslieferung nur auf Grund des Gerichtsbeschlusses erfolgen kann. Solche Vorschriften entsprechen dem Demokratieprinzip am ehesten und werden in der Mehrheit der Kulturstaaten der Welt verwendet. So gilt seit dem 1. Juli 2002 die gleichartige Vorschrift, die in der neuen StPO verankert ist, auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation. In der Republik Belarus findet die Verhaftung auf Grund eines vom Staatsanwalt genehmigten Befehls statt. Der Staatsanwalt fällt häufig den eigenen Befehl in Abwesenheit der fraglichen Person; manchmal befragt er sie nicht nur, sondern lernt auch nicht die Materialien der Strafsache kennen. Also, der Staatsanwalt kann nicht immer die Gefahr einer Person für die Gesellschaft feststellen und formal richtet sich nur nach den Vorschriften der StPO. Das Gericht ist aufgefordert, die Sache wie eine unabhängige Partei zu bearbeiten; es soll die Meinung der Anklage und der Verteidigung über die Zweckmäßigkeit der Verhaftung einer Person in der Absicht der Auslieferung anhören.

Im Jahre 1997 hat Generalsekretariat der Interpol die Mitgliedsländer darüber befragt, ob in diesen Ländern die sog. „rote“ Note als die Grundlage der vorläufigen Verhaftung anerkannt wird²⁰. Von

¹⁷ Das Gesetz der Republik Belarus vom 1.8.2002 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 8.8.2002, Nr. 88, 2/885).

¹⁸ Ugolovnyj kodeks Respubliki Belarus (Strafgesetzbuch der Republik Belarus) vom 9.7.1999 (Vedomosci Nazionalnogo Sobranija Respubliki Belarus, 1999, Nr. 24, Art. 420).

¹⁹ Wir verwenden die Begriffe „*eine erforderliche Person*“, um eine Person, über welche eine Auslieferungsbewilligung noch nicht angenommen ist, zu bezeichnen, und „*ein Auszuliefernden*“ für eine Person, über welche eine Auslieferungsbewilligung schon angenommen ist.

²⁰ ICPO-Interpol General Secretariat. Interpol Red Notices, International Criminal Police Review 1998, Nr. 468, P. 12.

den 92 antwortenden Ländern haben 65 Länder bejaht (von ihnen haben 36 Länder auf die Notwendigkeit des Vorhandenseins des Vertrags mit dem Initiator-Land verwiesen) und 25 Länder (unter ihnen Kanada, Russland und USA) haben eine verneinende Antwort gegeben. Die Abteilung für internationale Beziehungen der Staatsanwaltschaft von Belarus hat durch das Nationale Zentralbüro geantwortet, dass, falls

- (i) unser Land die „rote“ Note der Interpol aus dem Land bekommt, mit dem Belarus den Rechtshilfevertrag abgeschlossen hat, und
- (ii) die erforderliche Person auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus aufgefunden ist,

so existiert die Möglichkeit der Festnahme und der Verhaftung dieser Person auf Grund der „roten“ Note. Aber eine solche Vorschrift besteht in der Gesetzgebung nicht.

Allen Auslieferungsunterlagen und dem Auslieferungsersuchen sind Übersetzungen in eine der Staatssprachen (das Belarussische oder das Russische) beizufügen. Die Auslieferungsbewilligung in Belarus wird im administrativen Weg von der Staatsanwaltschaft der Republik Belarus angenommen. Die Revision der Auslieferungsbewilligung ist in der Gesetzgebung nicht vorgesehen.

Ausgehend von den Vorschriften der völkerrechtlichen Verträge der Republik Belarus, soll man die Zulässigkeit der Auslieferung annehmen, falls die Person:

1) der Tatbegehung beschuldigt wird, für die in der Gesetzgebung der Republik Belarus und des ersuchenden Staates eine Freiheitsstrafe von nicht weniger als einem Jahr oder eine strengere Strafe vorgesehen ist

2) zu einer Freiheitsstrafe für eine Tat verurteilt ist, die in der Gesetzgebung der Republik Belarus und des ersuchenden Staates als Verbrechen anerkannt ist, und wenn zu erwarten ist, dass die noch zu vollstreckende freiheitsentziehende Sanktion mindestens sechs Monate zusammen beträgt.

Analysiert man die völkerrechtlichen Verträge und die Gesetzgebung der Republik Belarus, kann man die obligatorischen und fakultativen Gründe für eine Auslieferungsablehnung feststellen.

Zu den obligatorischen Gründe (die Auslieferung darf nicht unter Bedingungen erfolgen) sind die Folgenden zu zählen:

1) zur Zeit der Verhandlung der Auslieferungsunterlagen ist die erforderliche Person Bürger der Republik Belarus;

2) der erforderlichen Person ist das Asylrecht auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus in Zusammenhang mit einer Möglichkeit der Verfolgung im ersuchenden Staat wegen der politischen oder religiösen Überzeugungen oder der nationalen Zugehörigkeit gewährt;

3) es gibt gewichtige Gründe zu glauben, dass das Auslieferungsersuchen mit der Verfolgung der Person nach dem Merkmal der Rasse, des Geschlechtes, der Konfession, der Staatsangehörigkeit,

der politischen Überzeugungen, der ethnischen Zugehörigkeit oder der Zugehörigkeit der bestimmten sozialen Gruppe verbunden ist;

4) die Tat, in Zusammenhang mit der die Auslieferung gefordert wird, ist ein politisches Verbrechen (der Begriff des „politischen Verbrechens“ ist in der Gesetzgebung nicht bestimmt, aber ihm sind nicht die im Teil VI „Die Verbrechen gegen den Frieden, die Menschheitssicherheit und der Kriegsverbrechen“ des StGB vorgesehenen Taten, die schweren Verbrechen gegen das Leben, der Gesundheit, der Sicherheit oder Freiheit des Menschen, sowie die Verbrechen, in Beziehung zu denen Belarus die völkerrechtlichen Verpflichtungen auszuliefern übernommen hat, zuzurechnen);

5) die Tat, in Zusammenhang mit dem die Auslieferung angefordert wird, ist in Friedenszeiten begangen und ist gemäß dem StGB ein Wehrverbrechen;

6) die erforderliche Person kann im ersuchenden Staat der Folter oder der unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe ausgesetzt sein;

7) während des Empfangs des Auslieferungsersuchens kann infolge des Ablaufes der Verjährungsfrist, der Annahme der Amnestieakte oder nach anderen gesetzlichen Grundlage die Strafverfolgung gemäß der Gesetzgebung der Republik Belarus oder des ersuchenden Staates nicht eingeleitet werden oder das Urteil nicht vollstreckt werden;

8) in Beziehung zu der erforderlichen Person und im Zusammenhang mit demselben Verbrechen wird auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus eine Untersuchung geführt, oder es ist bereits ein Urteil gefällt, oder es ist ein Beschluss über die Absage in der Einleitung des Strafverfahrens oder über die Strafverfahreneinstellung angenommen (das Prinzip *ne bis in idem*);

9) die erforderliche Person war früher an die Republik Belarus von einem dritten Staat ausgeliefert, und eine Zustimmung dieses Staates zur Auslieferung ist nicht erfolgt.
Zu den fakultativen Gründe (das Auslieferungsfrage entscheidende Organ kann, muss aber nicht aus diesen Gründe die Auslieferung ablehnen) zählen:

10) das Verbrechen ist auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus oder gegen die Interessen der Republik Belarus begangen;

11) die Auslieferung kann der Souveränität oder der Sicherheit der Republik Belarus schaden;

12) das Verbrechen ist außerhalb des Hoheitsgebiets des ersuchenden Staates begangen, und für dieses Verbrechen ist laut der belarussischen Gesetzgebung die Strafverfolgung nicht vorgesehen;

13) der ersuchende Staat gewährt nicht die Gegenseitigkeit (der Grund folgt aus dem Prinzip der Gleichheit der Staaten);

14) das dem Auslieferungsersuchen beigefügte Urteil war in Abwesenheit des Angeklagten gefällt, und der ersuchende Staat gibt keine Garantie eines nochmaligen Erkenntnisverfahrens, in

dem die Rechte des Angeklagten auf Schutz gewährleistet werden (der Grund entspricht der in Art. 294 der StPO genannten Regel);

15) die Auslieferung entspricht dem Prinzip der Humanität nicht, z. B. wegen des Alters, des Gesundheitszustandes und anderer persönlichen Umstände der erforderlichen Person;

16) das Verbrechen, dessen die Person beschuldigt wird, wird in der Republik Belarus oder dem ersuchenden Staat mit der Privatklage verfolgt.

In den europäischen Ländern wird die Auslieferung nicht zugelassen, falls für das begangene Verbrechen die Todesstrafe verhängt werden kann. In Belarus bleiben diese Strafen erhalten. Aber, ausgehend vom Sinn des Art. 24 Teil 3 der Verfassung der Republik Belarus, ist diese Strafe eine Ausnahmemaßnahme, und der Staat strebt nach ihrer Aufhebung. Die Todesstrafe darf nur „gemäß dem Gesetz“ verwendet werden, unter dem in der Verfassung des souveränen Landes das Gesetz der Republik Belarus verstanden ist. Außerdem verstößt die Anwendung der Todesstrafe gegen die Menschenwürde. Deshalb muss man nach unserer Meinung dieser Grund der Auslieferungsablehnung auch in der Gesetzgebung verankern werden. Dieser Grund soll fakultativ sein, weil der ersuchende Staat die Garantie der Nichtverwendung der Todesstrafe zum Auszuliefernden geben kann. Im Jahre 2004 hat für die Beschränkung der Anwendung der Todesstrafe auch das Verfassungsgericht der Republik Belarus eingetreten²¹.

Im Falle der Auslieferungsablehnung werden dem ersuchenden Staat die Gründe der Ablehnung mitgeteilt.

Falls der Aufzuliefernde in der Republik Belarus strafrechtlich für ein anderes Verbrechen verfolgt wird, so kann seine Auslieferung bis zur Beendigung dieser Verfolgung oder der Vollstreckung des Urteils aufgeschoben werden. Falls eine solche Aufschiebung den Ablauf der Verjährungsfrist der Strafverfolgung oder der Störung der Untersuchung zur Folge haben kann, so darf die Person vorübergehend für die Durchführung der Ermittlungen ausgeliefert werden.

Im Falle eines positiven Beschlusses über die Auslieferungsfrage verhandelt die Staatsanwaltschaft der Republik Belarus über das Datum, der Zeit, den Ort und den Weg der tatsächlichen Übergabe des Auszuliefernden. Falls der ausländische Staat den Auszuliefernden zur vereinbarten Frist nicht übernimmt, so wird er auf freien Fuß gesetzt, und dem ausländischen Staat kann die Auslieferung wegen desselben Verbrechens abgelehnt werden.

b) Die prozessualen Handlungen

Art. 471 der StPO bestimmt, dass „die Verbindungen der Organe der Strafverfolgung und der Gerichte der ausländischen Staaten mit den Organen der Republik Belarus, die den Strafprozess führen, sich durch die Staatsanwaltschaft der Republik Belarus oder das Oberste Gericht der Republik Belarus erfüllen, falls in den völkerrechtlichen Verträgen der Republik Belarus anderes

²¹ Der Beschluss des Verfassungsgerichts von 11.3.2004 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 18.3.2004, Nr. 41, 6/398).

nicht festgelegt ist“. Falls die belarussischen Organe das Ersuchen unmittelbar erhalten, so sind sie nicht zuständig, es ohne Erlaubnis der oben genannten Organe zu erfüllen.

Auf Grund völkerrechtlicher Verträge dürfen die belarussischen Organe, die den Strafprozess führen, auf Bitte des zuständigen Organs des ausländischen Staates die in der StPO vorgesehenen prozessualen Handlungen (die Besichtigung, die ärztliche Untersuchung, das Untersuchungsexperiment, die Durchsuchung, die Beschlagnahme, die Abhörung und die Aufzeichnung des gesprochenen Wortes, die Vernehmung, die Gegenüberstellung, die Vorführung für die Identifizierung, die Nachprüfung der Aussage auf der Tat, das Gutachten) ausführen. In den Verträgen ist auch die Möglichkeit der Vorladung der Zeugen, der Opfer, der zivilen Kläger, der zivilen Beklagten, der Sachverständige für ein Verhör mit der Gewährung ihnen freies Geleit vorgesehen.

In der Frage der Anerkennung der Beweiskraft der vom ausländischen zuständigen Organ gesammelten Beweise können wir nur den Hinweis in der Verordnung des Plenums des Obersten Gerichtes der UdSSR vom 19. Juni 1959 № 2 „Über die Fragen, die mit der Ausführung von den Gerichten der Verträge mit den ausländischen Staaten über die Rechtshilfeleistung in Zivil-, Familien- und Strafsachen verbunden sind“ finden, dass „*die Dokumente, die auf dem Hoheitsgebiet der ausländischen Staaten als die offiziellen Dokumente angesehen werden, laut der Klauseln der Verträge auf dem Hoheitsgebiet der UdSSR [in diesem Fall Belaruses] die Beweiskraft der offiziellen Dokumente genießen*“²². Wir bemerken, dass gemäß dem Gesetz der Republik Belarus vom 28. Mai 1999 № 261-3 „O primenenii na territorii Respubliki Belarus zakonodatelstva SSSR (Über die Anwendung auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus der Gesetzgebung der UdSSR)“ auf dem Hoheitsgebiet Belaruses im Falle der Abwesenheit der die entsprechenden öffentlichen Verhältnisse regelnden Gesetzgebung der Republik Belarus die Akte der Gesetzgebung der UdSSR verwendet werden, falls sie der Gesetzgebung der Republik Belarus nicht widersprechen²³.

c) Die Anwendung ausländischer Vorschriften

Die Ersuchen der Strafverfolgungsorgane und der Gerichte der ausländischen Staaten werden gemäß Art. 472 der StPO entsprechend den Regeln dieser Ordnung erfüllt (falls nicht anderes in völkerrechtlichen Verträgen der Republik Belarus vorgesehen ist). Falls es im völkerrechtlichen Vertrag vorgesehen ist und der StPO nicht widerspricht, so kann auf Bitte des zuständigen Organs des ausländischen Staates während der Erfüllung der Ersuchen das ausländische Strafprozessrecht anzuwenden sein. Außerdem sieht Art. 9 des Gesetzes der Republik Belarus vom 19. Juli 2000 № 426-3 „O merah po predotvrascheniju legalizacii dohodov, poluchennyh nezakonnym putem (Über die Maßnahmen nach der Verhütung der Geldwäsche von Erträgen aus rechtswidriger Tätigkeit)“ vor, dass während der Erfüllung des Rechtshilfeersuchens, das mit der Verhütung der Geldwäsche von Erträgen aus rechtswidriger Tätigkeit verbunden ist, die ausländischen Vorschriften angewendet werden dürfen, falls es entweder der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) oder der Gesetzgebung der Republik Belarus oder den Vorschriften des für die Republik Belarus geltenden

²² Sbornik postanovlenij Plenuma Verhovnogo Suda SSSR 1924-1986, Moskau 1987.

²³ Das Gesetz der Republik Belarus vom 28.5.1999 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 9.6.1999, Nr. 42, 2/36).

Völkerrechtlich nicht widerspricht²⁴. Die Behörde, die zur Entscheidung dieser Frage zuständig ist, ist in der StPO nicht genannt. Aber die Verordnung des Präsidiums des Oberrats der UdSSR vom 21. Juni 1988 „Über die Maßnahmen nach der Ausführung der völkerrechtlichen Verträge der UdSSR über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen“ weist hin, dass zu dieser Frage ständig die Staatsanwaltschaft und das Oberste Gericht sind²⁵.

d) Die Überstellung des Verurteilten

Die Überstellung des Verurteilten für das Abbüßen der Strafe im Land seiner Staatsangehörigkeit kann man definieren, als eine Art der Rechtshilfe in Strafsachen, bei der der Verurteilte zur Freiheitsstrafe in einem Staat auf Grund des Ersuchens dem Staat seiner Staatsangehörigkeit für die weitere Vollstreckung des vom letzteren Staat anerkannten und im ersten Staat gefällten Urteils übergeben ist. Der Zweck der Überstellung des Verurteilten stimmt mit den Zwecken der strafrechtlichen Verantwortlichkeit überein. Nur im Urteilsstaat ist der Hauptzweck die soziale Gerechtigkeit (die Strafe für die Schädigung von Personen oder Interessen dieses Landes). Für das Land der Staatsangehörigkeit ist das Wichtigste den Verbrecher zu resozialisieren und seine soziale Rehabilitation so wenig belastend wie möglich zu machen.

Die kleine Zahl der für die Republik Belarus geltenden völkerrechtlichen Verträge führt zur Verletzung der Rechte belarussischer Staatsangehöriger, die das Gesetz anderer Staaten übertreten haben. Viele Bürger werden unserem Land auf Grund des nicht in belarussischer Gesetzgebung kodifizierten Prinzips der Gegenseitigkeit überstellt. Es führt zur Beeinträchtigung ihrer Grundrechte. So bezeichnete das Verfassungsgericht der Republik Belarus mehrmals in seinen Beschlüssen über den Zustand der Verfassungsgesetzmäßigkeit in der Republik Belarus, dass die Rechtsanwender die Amnestiegesetze zu den von den ausländischen Gerichten verurteilten und in Republik Belarus vertraglos für das Abbüßen der Strafe überstellten Bürger nicht verwenden. Das widerspricht dem Verfassungsprinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz²⁶.

Die Fragen der Überstellung des Verurteilten für das Abbüßen der Strafe im Land seiner Staatsangehörigkeit sind gegenwärtig nur in Art. 63 Teil 3 der StVollGB der Republik Belarus geregelt. Dieser Teil berücksichtigt nicht die Vorschriften des Moskauer Übereinkommens über die Möglichkeit der Überstellung der verurteilten Personen ohne Staatsangehörigkeit und gestattet die Überstellung nur „*im Weg, der in den völkerrechtlichen Verträgen der Republik Belarus festgelegt ist*“²⁷, ohne Berücksichtigung der Möglichkeit der Überstellung der konkreten Person bei der Erreichung zwischen den Staaten des gegenseitigen Einverständnisses.

Mit dem Erlass № 281 vom 17. Mai 1999 hat der Präsident der Republik Belarus die Staatsanwaltschaft der Republik Belarus als das zuständige Organ für die Realisation des Moskauer

²⁴ Das Gesetz der Republik Belarus vom 19.7.2000 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 17.8.2000, Nr. 75, 2/201).

²⁵ Svod zakonov SSSR, Bd. 10 1990, Art. 162.

²⁶ Die Beschlüsse des Verfassungsgerichts vom 12.2.2002 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 22.2.2002, Nr. 22, 6/318) und vom 5.2.2003 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 17.2.2003, Nr. 19, 6/356).

²⁷ Ugolovno-ispolnitelnyj kodeks Respubliki Belarus (Strafvollstreckungsgesetzbuch der Republik Belarus) vom 11.1.2000 (Vedomosci Nazionalnogo Sobranija Respubliki Belarus, 2000, Nr. 8, Art. 52).

Übereinkommens bestimmt²⁸. Nach unserer Meinung soll die Vollstreckungsbehörde die Frage der Überstellung der Verurteilten entscheiden. In der Republik Belarus ist diese das Departement für Strafvollzug des Innenministeriums der Republik Belarus.

Man muss berücksichtigen, dass viele Fragen, die bei der Überstellung des Verurteilten entstehen, nur das Gericht (die Art und die Dauer der Sanktion, der Termin des Anfanges und der Endung der Strafe, die Art der Vollzugsanstalt) zu entscheiden befugt ist und diese Fragen strafprozessrechtlichen Charakter haben. Aber der Abschnitt der StPO, die der Urteils-, Gerichtsentscheidungs- und Gerichtsbeschlussvollstreckung gewidmet ist, erschließt diese Fragen nicht.

Die Überstellung des Verurteilten ist möglich, wenn das Urteil bereits rechtskräftig ist. Analysiert man die völkerrechtlichen Verträge und die Gesetzgebung anderer Staaten, kann man die Fälle der Nichtzulassung der Überstellung dem ausländischen Staat der vom belarussischen Gericht verurteilten Person auszeichnen. Auf sie muss man die Folgenden beziehen:

- 1) keine Tat, für die die Person verurteilt ist, ist ein Verbrechen im Land ihrer Staatsangehörigkeit;
- 2) die Strafe kann im ausländischen Staat infolge des Ablaufes der Verjährungsfrist oder anderes gesetzlichen Grundes nicht vollstreckt werden (aber zwecks der Umsetzung des Prinzips *ne bis in idem* muss man nach unserer Meinung die mögliche Überstellung anerkennen, falls die Person die Strafe für die selbe Tat im Land ihrer Staatsangehörigkeit schon abgebußt hat);
- 3) der Verurteilte hat den Dauerwohnsitz in Belarus (in diesem Fall er hat mehr Verbindungen mit dem Land des Wohnsitzes);
- 4) die Überstellung kann der Souveränität, der Sicherheit oder anderen Interessen der Republik Belarus schaden;
- 5) der Schaden, der vom Verbrechen anrichtet ist, ist nicht ersetzt und der ausländische Staat gibt keine Garantie seines Ersatzes;
- 6) der Verurteilte kann im ausländischen Staat gefoltert werden oder der inhumanen oder demütigenden Strafe ausgesetzt sein (dieser Grund folgt aus Vorschriften Art. 3 des Übereinkommens gegen Folter und andere harte, unmenschliche oder die Würde erniedrigender Arten der Behandlung und der Strafen);
- 7) die Person ist für die im Abschnitt 32 (das Verbrechen gegen den Staat) des StGB vorgesehene Tat verurteilt;
- 8) der Verurteilte ist früher an die Republik Belarus von einem dritten Staat ausgeliefert worden und eine Zustimmung dieses Staates zur Überstellung ist nicht erfolgt;
- 9) der ausländische Staat gewährt keine Gegenseitigkeit.

²⁸ Nazionalnyj reestr pravovych aktov Respubliki Belarus vom 2.6.1999, Nr. 40, 1/362.

Zu den Gründen der Nichtzulassung der Überstellung soll man auch die Nichtanerkennung vom zuständigen Organ des ausländischen Staates des Urteils des belarussischen Gerichtes zählen.

Die Strafe wird möglichst gemäß dem Urteil des ausländischen Gerichtes festgelegt. Selbstverständlich kann sich das StGB der Republik Belarus im Teil der Sanktionen vom ausländischen Strafgesetz unterscheiden. In der internationalen Staatenpraxis wird für solche Fälle zum Urteil die Konversion der Strafe verwendet. Gemäß Art. 98 Teil 4 des Vertrags mit Polen findet die Konversion „auf dem Weg statt, der in der Gesetzgebung des Staates der Urteilesvollstreckung vorgesehen ist“²⁹. In der belarussischen Gesetzgebung finden wir solche Vorschriften nicht, aber laut den für Belarus geltenden völkerrechtlichen Verträgen kann man folgende Regeln formulieren.

- a) Falls im StGB der Republik Belarus das niedrigere Höchstmaß der Freiheitsstrafe vorgesehen ist, als im Urteil, so legt der Richter den im StGB der Republik Belarus vorgesehenen maximale Höhe der Freiheitsstrafe für das begangene Verbrechen fest.
- b) Falls für dieses Verbrechen die Freiheitsstrafe nicht vorgesehen ist, so legt der Richter die Strafe fest, die dem Urteil am ehesten entspricht. Aber der Ersatz der Freiheitsstrafe mit der Bußgeldstrafe ist unzulässig.
- c) Falls das Urteil nicht auf ein Verbrechen bezogen ist und nicht alle diese als die Verbrechen in Belarus erkennen werden, so legt der Richter fest welcher Teil der Strafe zu den als die Verbrechen anerkannten Taten verwendet wird.
- d) Falls gleichzeitig mit der Überstellung für das Abbüßen der Strafe die Person an die Republik Belarus ausgeliefert war, so ist die Häufung der Strafen nach dem Urteil des ausländischen Gerichtes und des Gerichts der Republik Belarus unzulässig. Die Strafen werden aufeinanderfolgend vollstreckt.
- e) Der vollstreckte Teil der Strafe im Urteilsstaat und die Dauer der Haft werden in der neuen Dauer der Strafen angerechnet.

Eine Revision des Urteils des ausländischen Gerichtes *au fond* von einem belarussischen Gericht ist unzulässig. Im Falle einer Umwandlung des Urteils vom ausländischen Gericht soll der Beschluss über seine Vollstreckung auf dem Hoheitsgebiet der Republik Belarus gemäß der obengenannte Prozedur angenommen werden. Der Präsident der Republik Belarus darf den Verurteilte begnadigen³⁰.

In allem übrigen soll das Urteil des ausländischen Gerichtes gemäß der StVollGB und Teil XI der StPO der Republik Belarus vollstreckt werden, als ob die Person vom belarussischen Gericht

²⁹ Vertrag zwischen der Republik Belarus und der Republik Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen (Vedamasci Vjarhounaga Saveta Respubliki Belarus, 1995, Nr. 27, Art. 359).

³⁰ Der Erlass des Präsidenten der Republik Belarus Nr. 190 vom 12.4.2004 (Nazionalnyj reestr pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 19.4.2004, Nr. 58, 1/5464).

verurteilt war.

VI. Abschließende Bemerkungen

Somit kann man feststellen, dass – obwohl die belarussische Gesetzgebung in der postsowjetischen Periode eine Reihe von Veränderungen durchgemacht hat – die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Rechtshilfeleistung in Strafsachen auf der Nationalebene in vielem lückenhaft blieb. Wir meinen, dass die Regelung der untersuchten Fragen, sowie die Festlegung in der nationalen Gesetzgebung der Vorschriften über (i) die Auslieferung des Beschuldigten und des Verurteilten, (ii) die Ausführung der prozessualen Handlungen nach den Ersuchen der ausländischen Justizinstitutionen, (iii) der Überstellung der Verurteilten für das Abbüßen der Strafe in das Land ihrer Staatsangehörigkeit, den Schutz der Rechte der ausländischen Bürger im Strafprozess verstärkt hätte, den Prozess der Zusammenarbeit der belarussische Organe, die den Strafprozess führen, mit den Justizinstitutionen der ausländischen Staaten vereinfacht hätte, zur engeren Harmonisierung der belarussischen und europäischen Gesetzgebung in Schranken der Formierung des einheitlichen europäischen Rechtsraumes geführt hätte.

Minsk, den 22. November 2004

Lebenslauf

Name : Samarin
Vorname : Vadim
Geburtsdatum : 25.02.1980
Geburtsort/Staat : Minsk/Belarus
Staatsangehörigkeit : Republik Belarus
Anschrift : P.O. Box 211
220024 Minsk Belarus
+375 (0) 29 77566 30
+375 (0) 17 27566 30
Fremdsprachenkenntnisse : Deutsch und Russisch fließend, English gut

Universitärer Werdegang

1997 – 2002 : Studium an der Belarussischen Staatlichen Universität an der Juristischen Fakultät (Fachrichtung: Vergleichendes Recht)
10.2003 – 06.2004 : Teilnahme in der Programme „Internationale Juristen“ bei der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und dem Oberlandesgericht Düsseldorf

Wissenschaftliche Tätigkeit

1998 – 2002 : wissenschaftliche Arbeit “Interpol und ihre Nationale Zentralbüros” an der Universität
11.2001 : der Belarussischen Staatlichen Universität Preisträger für die beste wissenschaftliche Arbeit
01.2002 : Laureat des Präsidentenfonds
11.2002 – bis zum heutigen Tag : Doktorand an der Belarussischen Staatlichen Universität an der Juristischen Fakultät (Lehrstuhl „Der Strafprozess und die staatsanwaltschaftliche Aufsicht; Thema: „Die Zusammenarbeit der Rechtsschutzorgane und der Gerichte verschiedener Länder und der Rechtshilfeleistung in Strafsachen“)

Minsk 22.11.2004

Vadim Samarin

Veröffentlichte Werke

1. Samarin Vadim. Interpol. Mezhdunarodnaja organizacija ugovnoj polizii (*Interpol. Die Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation*). – Sankt-Petersburg: Piter, 2004. – 202 S.
2. Ludmila Zaitseva, Vadim Samarin. Criminal Procedure System of the Republic of Belarus// Pavisic, Berislav und Bertaccini, Davide (Hrsg.), *Le Altre Procedure Penali: Transition of Criminal Procedure, Studies of the Center of Criminal Sciences Moscenice, Volume II.* – Croatia, 2004
3. Levitanow W., Samarin V. Nazionalnoje zentralnoje büro Interpola w Respublike Belarus (*Das Nationale Zentralbüro Interpol in der Republik Belarus*)// Justizia Belarusi. – 2002. – № 2.
4. Thesen zum Referate auf Konferenzen in Minsk, Brest, Sankt-Petersburg, Lviv, Vilno.

**EGYESÜLT NEMZETEK SZERVEZETÉNEK EGYEZMÉNYE A
HATÁROKON ÁTNYÚLÓ SZERVEZETT BŰNÖZÉS ELLENI FELLÉPÉSRŐL**

dr. Nóra Széles

Hosszas előkészületet követően az ENSZ Közgyűlése 2000. november 15-én elfogadta azt a nemzetközi egyezményt, mely a *határokon átnyúló szervezett bűnözés elleni fellépéssel foglalkozik*.¹ A szervezett bűnözés kérdésének fontosságát és aktualitását mutatja az is, hogy számos tárgyalás előzte meg ennek az egyezménynek a megszületését, melynek célja a határokon átnyúló szervezett bűnözés elleni együttműködés elősegítése.

Az Egyezmény felépítését tekintve 41 cikkelyből áll, nincs külön tagolt rendszere, hanem a fogalom meghatározások, alkalmazási területet, valamint egy alapelv védelmét – nevezetesen a szuverenitás védelme –követően kerül sor a büntető anyagi és eljárás jog területéhez kapcsolódó rendelkezések ismertetésére, majd végül a nemzetközi egyezményekre jellemző rendelkezésekkel – végrehajtás, a vitás kérdések rendezése, ratifikálás stb. – zárul.

Az Egyezménynek alkalmazási területe a későbbiekben említésre kerülő bűncselekmények és a súlyos bűncselekmények megelőzésére, felderítésére, nyomozására és üldözésére terjed ki, amennyiben a bűncselekmény határon átnyúló jellegű, és szervezett bűnöző csoport részvételével követik el. A bűncselekmény – az Egyezmény vonatkozásában – akkor tekinthető határon átnyúló jellegűnek, ha azt több mint egy államban követik el, vagy azt egy államban követik el, de az előkészítésének, tervezésének, irányításának és ellenőrzésének jelentős részét egy másik államban végzik. Illetve ha azt egy államban követik el, de olyan szervezett bűnöző csoport vesz benne részt, amely egynél több államban folytat bűnöző tevékenységet. Továbbá ha a bűncselekményt egy államban követik el, de jelentős hatással bír egy másik államra nézve.²

Az elkövetkezőkben magát az egyezmény rendelkezéseit szeretném ismertetni, mégpedig oly módon, hogy az általam fontosnak vélt jogintézményeket a szerint emelem ki, hogy a büntetőjog mely területéhez kapcsolódik. Ily módon a fontosabb *büntető anyagi jogi*, majd a *büntető eljárásjogi* jellegű rendelkezéseket, illetve jogintézményeket ismertetem.

BÜNTETŐ ANYAGI JOGGAL KAPCSOLATOS RENDELKEZÉSEK

A büntető anyagi jog területéhez a következő rendelkezések, jogintézmények kapcsolódnak, nevezetesen:

- 1. Joghatóság,**
- 2. A szervezett bűnöző csoportban való részvétel bűncselekménnyé nyilvánítása,**

*

¹ <http://www.uncjin.org>

² Az Egyezmény 3. cikke szerint.

3. **Pénzmosással kapcsolatos rendelkezések:**
 - A bűncselekményből származó jövedelmek tisztára mosásának bűncselekménnyé nyilvánítása,
 - Pénzmosás leküzdésére hozandó intézkedések
4. **Korrupcióval kapcsolatos rendelkezések:**
 - Korrupció bűncselekménnyé nyilvánítása,
 - Korrupció elleni intézkedések,
5. **Jogi személyek büntetőjogi felelőssége**
6. **igazságszolgáltatás akadályoztatásának bűncselekménnyé nyilvánítása**

1. JOGHATÓSÁG³

Joghatóságra vonatkozó rendelkezés tekintetében három lényeges pontot említhetünk meg: az Egyezmény által meghatározott magatartások bűncselekménnyé nyilvánításához, a szuverenitás védelméről szóló rendelkezésre figyelemmel a fenti bűncselekményekhez, valamint a kiadatáshoz kapcsolódó szabályozást.

• *Szervezett bűnöző csoportban való részvétel, a bűncselekményekből származó jövedelem tisztára mosásának bűncselekménye, korrupció, valamint az igazságszolgáltatás akadályoztatásának bűncselekménye* kapcsán a joghatóság akkor állapítható meg, ha:

- a bűncselekményt az illető részes állam területén követték el,
- a bűncselekményt az elkövetés időpontjában az illető részes állam zászlója alatt közlekedő hajó, vagy az illető részes állam törvényei szerint bejegyzett légi jármű fedélzetén követték el,

• A részes államok a szuverenitás alapelvével összhangban akkor is megállapíthatja joghatóságát a fenti bűncselekmények felett, ha:

- a bűncselekményt az illető részes állam állampolgára ellen követik el,
- a bűncselekményt az illető részes állam állampolgára vagy olyan hontalan polgár követi el aki tartósan annak területén él, vagy,
- a bűncselekmény:

• az Egyezmény szerinti szervezett bűnöző csoportban való részvétel bűncselekményének valamely elkövetési magatartásformája, azt a részes állam területén kívül követték el, ám egy másik a területén elkövetett súlyos bűncselekményre tekintettel,

• az Egyezmény szerinti bűncselekményből származó jövedelem tisztára mosásának 6. cikk 1.bek (b)(ii) elkövetési magatartása részes állam területén kívül követték el egy a 6. cikk (a)(i) és (ii) elkövetési magatartásának részes állam területén elkövetendő bűncselekményre tekintettel.

• Kiadatáshoz kapcsolódó joghatósági rendelkezés:

³ 15. cikk.

- a korábbiakban már említett bűncselekmények elkövetése esetén, ha a feltételezett elkövető a részes állam területén tartózkodik és kizárólag azon az alapon nem kerül sor a kiadatására mert az a saját állampolgára.

2. SZERVEZETT BŰNÖZŐ CSOPORTBAN VALÓ RÉSZVÉTEL BŰNCSELEKMÉNNYÉ NYILVÁNÍTÁSA⁴

Az Egyezmény leszögezi, hogy minden részes állam olyan jogalkotási és egyéb intézkedéseket fogad el, melyek alapján akár az alábbiakban felsorolásra kerülő magatartási formákat vagy csak azok közül egyet önálló bűncselekménnyé nyilvánít. Ez az önálló bűncselekmény az alapbűncselekmény kísérletét vagy végrehajtását magába foglaló cselekménytől elkülönül, és szándékos elkövetést feltételez.

A bűncselekménnyé nyilvánítás tárgyát a következő magatartásformák képezik az Egyezmény szerint:

- Megállapodás egy vagy több más személlyel közvetlen vagy közvetett pénzügyi vagy más anyagi haszon megszerzésére irányuló, *súlyos bűncselekmény*⁵ elkövetésében, amely – ahol a nemzeti jog megköveteli – magába foglalja a résztvevők egyikének a megállapodás teljesítése érdekében tett cselekedetét, vagy magába foglal egy *szervezett bűnöző csoportot*⁶.
- Olyan személy magatartását, aki a szervezett bűnöző csoport céljának vagy általános értelemben vett bűnös tevékenységének, illetve az adott bűncselekmény elkövetésére irányuló szándékának tudatában aktívan részt vesz:
 - szervezett bűnöző csoport bűnös tevékenységeiben,
 - a szervezett bűnöző csoport egyéb tevékenységeiben annak tudatában, hogy részvétele hozzájárul a fent leírt bűnös cél eléréséhez.

Az Egyezmény mindezekkel összefüggésben sürgeti azon magatartásformának a bűncselekménnyé nyilvánítását, mely magába foglalja a szervezett bűnöző csoport részvételével megvalósuló súlyos bűncselekmény elkövetésének *szervezését, irányítását, elősegítését, támogatását, lehetővé tételét, tanácsokkal segítését.*

Ezen magatartásformák bűncselekménnyé nyilvánítását követően ahhoz, hogy ezen bűncselekmény elkövetésének megállapíthatósága fennálljon szükséges, hogy a tudomásra, szándékra, célra, célzatra vagy beleegyezésre objektív ténybeli körülményekből lehessen következtetni.

⁴ 5. cikk.

⁵ *Súlyos bűncselekmény* az Egyezmény meghatározása szerint: *legalább négy év szabadságvesztéssel vagy súlyosabb büntetéssel büntethető törvénysértést megvalósító magatartás.*

⁶ *Szervezett bűnöző csoport fogalma* az Egyezmény szerint: *bizonyos ideig fennálló, három vagy több főből álló strukturált csoport, amely összehangoltan működik egy vagy több, ebben az Egyezményben meghatározott súlyos bűncselekmény vagy törvénysértés elkövetése céljából, közvetlen vagy közvetett módon pénzügyi vagy más anyagi haszon megszerzésére törekedve.*

Azonban az első magatartásforma bűncselekménnyé nyilvánítását követően, azon részes államoknak, amelyeknek a nemzeti joga megköveteli a szervezett bűnöző csoport részvételét ahhoz, hogy ez a bűncselekmény elkövetése megállapítható legyen, szükséges, hogy a részes államok nemzeti joga lefedje az összes olyan súlyos bűncselekményt, amelyben szervezett bűnöző csoportok részt vesznek.

3. *PÉNZMOSÁSSAL KAPCSOLATOS RENDELKEZÉSEK*⁷

Az Egyezmény a szervezett bűnöző csoportban való részvételén kívül a pénzmosáshoz szorosan kapcsolódó magatartásformák kriminalizálását is sürgeti a részes államok törvényhozása számára. Ily módon az Egyezmény két cikkelye is foglalkozik a pénzmosással, a hatos cikkely szerint a *bűncselekményekből származó jövedelmek tisztára mosásának bűncselekménnyé nyilvánítása* tárgyában állapít meg kriminalizálendő magatartásformákat, – ami inkább kapcsolódik a büntető anyagi jogi szabályokhoz –, a hetes cikkely pedig a *pénzmosás leküzdésére hozandó intézkedésekkel* foglalkozik – ami a büntetőjog területén kívül más jogágak területeit is érinti –.

A, A bűncselekményből származó jövedelmek tisztára mosásának bűncselekménnyé nyilvánítása

E rendelkezés a következő szándékosan elkövetett magatartásformák bűncselekménnyé nyilvánítását sürgeti a részes államok számára (természetesen a részes államok nemzeti jogának alapelveivel összhangban):

- A *vagyon*⁸ *átalakítását* vagy *átruházását* – annak tudatában, hogy a vagyon bűncselekményből származik –, azzal a céllal, hogy a vagyon törvénytelen eredetének *eltitkolása, álcázása*, illetve az *alapbűncselekmény*⁹ elkövetésében érintett személy abban való segítése, hogy cselekedeteinek jogi következményeit elkerülje,
- A vagyon valódi jellegének, forrásának, feltalálási helyének, rendelkezésre állásának, mozgásának, tulajdonjogának, illetve a hozzá kapcsolódó jogoknak az *eltitkolását* vagy *álcázását*, annak tudatában, hogy az illető vagyon *bűncselekményből származó jövedelem*¹⁰,
- Vagyon megszerzése, birtoklása, vagy felhasználása a birtokbavétel időpontjában annak ismeretében, hogy az illető vagyon bűncselekményből származó jövedelem,
- E cikkben meghatározott bűncselekmények elkövetésére vagy megkísérlésére irányuló társulást, összeesküvést, az elkövetésben vagy az elkövetés kísérletében való részvétel, vagy az elkövetés elősegítése, támogatása, lehetővé tétele vagy tanácsokkal segítése.

⁷ Egyezmény 6 és 7-es cikkelyei.

⁸ **Vagyon:** bármely típusú vagyontárgy, legyen az anyagi vagy szellemi, ingó vagy ingatlan, tárgyi vagy eszmei, továbbá az ilyen vagyontárgy tulajdonjogát igazoló, vagy abban lévő érdekeltséget bizonyító jogi dokumentumok vagy okiratok.

⁹ **Alapbűncselekmény:** bármely bűncselekmény, amelyből az a jövedelem származik, amely e cikkely (6) által meghatározott bűncselekmény tárgya lehet.

¹⁰ **Bűncselekményből származó jövedelem:** törvénysértés elkövetéséből közvetlenül vagy közvetve származó, vagy szerzett bármely vagyon.

Mindezek tekintetében az Egyezmény felhívja a részes államokat, hogy az alaphűncselekmények tekintetében a lehető legrészleesebb körben alkalmazza a 6. cikkben foglaltakat. Továbbá a részes államoknak törekedniük kell arra, hogy az alaphűncselekmények körébe vegye bele a jelen Egyezmény megfogalmazása szerinti:

- Súlyos bűncselekményeket,
- Szervezett bűnöző csoportban való részvétel bűncselekményét (5. cikk),
- Korrupció bűncselekményi tényállását (8.cikk),
- Igazságszolgáltatás akadályoztatása bűncselekményét (23. cikk).

Azoknál a részes államoknál, amelyeknél a törvény részletesen felsorolja az alaphűncselekmények körét, minimális feltételként fel kell tüntetniük az ilyen jellegű jegyzékben a szervezett bűnöző csoportokkal összefűggésbe hozható bűncselekmények lehető legrészleesebb körét. Az előbbieket tekintetében alaphűncselekménynek magukba foglalják az adott részes állam joghatóságán belül és kívül elkövetett bűncselekményeket. Mindazonáltal, egy adott részes állam joghatóságán kívül elkövetett bűncselekmény csak akkor számít alaphűncselekménynek, ha az adott magatartás bűncselekménynek minősül annak az államnak a nemzeti joga szerint, amely területén azt elkövették, és bűncselekmény lenne az ezen cikket végrehajtó vagy alkalmazó részes állam nemzeti joga szerint is, ha azt ott követték volna el.

B. A pénzmosás lekűzdésére hozandó intézkedések

Az intézkedések tekintetében az Egyezmény előírja részes államok számára, egyrészt jogszabályi és felűgyeleti rendszer kiépítését – ami ügyfél-azonosításra, gyanús ügyletek bejelentésére, nyilvántartások vezetésére -, másrészt a részes államok belső államigazgatási, bűnűldözési hatóságai, mind hazai, mind nemzetközi szinten együttműködhessenek. Ez az együttműködés kiterjed *információ gyűjtésére, elemzésére, és terjesztésére egy pénzügyi felderítő egység felállításának lehetőségén keresztül*. A felűgyeleti rendszer tekintetében különös figyelmet érdemelnek az *értékpapír, tőke és bármilyenű készpénz mozgásának figyelemmel kísérés rendszerek kiépítése*.

4. KORRUPCIÓVAL KAPCSOLATOS RENDELKEZÉSEK

A korrupcióval kapcsolatos rendelkezések között az egyezmény a fentiekhez írtan hasonlóan egyrészt büntető anyagi jogi jellegű rendelkezéseket tartalmaz – ilyen a *korrupció bűncselekménnyé nyilvánítása* is -, elsősorban a kriminalizálendő magatartásformák megfogalmazásán keresztül, másrészt a *korrupció elleni intézkedéseket* tartalmaz, melyek preventív jellegűk mellett a már elkövetett bűncselekmények felderítésére is igen komoly hangsúlyt fektet.

A, *Korrupció bűncselekménnyé nyilvánítása*¹¹

Az Egyezmény sürgeti, hogy minden részes állam nyilvánítsa bűncselekménnyé a következő magatartásformákat, azok szándékos elkövetése esetén:

- Köztisztviselő részére tisztességtelen előny *ígéréte, felkínálása* vagy *megadása*, közvetlenül vagy közvetett módon, akár a tisztviselő saját maga, akár más természetes vagy jogi személy számára, annak érdekében, hogy az illető tisztviselő hivatali kötelezettségei teljesítése során *valamit megtegyen, illetve ne tegyen meg*,
- Tisztességtelen előny köztisztviselő részéről történő *kérése* vagy *elfogadása*, közvetlenül vagy közvetett módon, akár saját maga, akár más természetes vagy jogi személy számára, annak érdekében, hogy az illető tisztviselő hivatali kötelezettségei teljesítése során *valamit megtegyen, illetve ne tegyen meg*.

Ezen magatartásformákon kívül megfontolás tárgyát kell képeznie a részes államok törvényhozásának ugyanezen magatartásformák bűncselekménnyé nyilvánítását külföldi köztisztviselő¹², illetve nemzetközi közalkalmazott vonatkozásában is, hasonlóképpen a korrupció egyéb formáinak, valamint valamely fentiekben meghatározott bűncselekményben való bűnrészeskénti részvétele tekintetében.

B. *Korrupció elleni intézkedések*¹³

Az intézkedések tekintetében egyrészt jogalkotási feladatokat jelentenek a köztisztviselők *tisztségének erősítésére*, valamint megvesztegetésük *megelőzésére, felderítésére* és *megbüntetésére*, másrészt a *megvesztegetések megelőzése, felderítése, és büntetése terén*.

5. *JOGI SZEMÉLYEK BÜNTETŐJOGI FELELŐSSÉGE*

A jogi személyek büntetőjogi felelősségére vonatkozó Egyezménybeli rendelkezések a magatartásforma tekintetében kétféle képen reagálnak, egyrészt olyan intézkedések elfogadásán keresztül, amelyek alapján megállapítható a szervezett bűnöző csoport részvételével elkövetett súlyos bűncselekményekben, másrészt ezen Egyezmény szerinti bűncselekménnyé nyilvánított magatartásformákban – nevezetesen szervezett bűnöző csoportba való részvétel, korrupció, igazságszolgáltatás akadályoztatása - való részvétel esetén.

¹¹ 8. cikk.

¹² *Köztisztviselő: állami tisztviselőt vagy olyan személyt kell érteni, aki a nemzeti jogban meghatározott közszolgálatot teljesít, annak a részes államnak a büntetőjoga alkalmazásában, amelyben az illető személy az említett funkciót betölti.*

¹³ 9. cikk.

A jogi személyek büntetőjogi felelőssége lehet büntetőjogi, polgári jogi vagy államigazgatási. Ezen rendelkezésben foglaltak alól kivételt jelent, azoknak a természetes személyeknek a büntetőjogi felelőssége, akik a bűncselekményt ténylegesen elkövették.

Az Egyezménybeli jogi személyek felelősségének megállapítása esetén alkalmazandó büntetőjogi, illetve nem büntetőjogi (pl: pénzügyjogi) szankciók esetén, a szankcióknak hatékonynak, arányosnak, és visszatartó erejűnek kell lennie.

6. IGAZSÁGSZOLGÁLTATÁS AKADÁLYOZÁSÁNAK BŰNCSELEKMÉNNYÉ NYILVÁNÍTÁSA¹⁴

E rendelkezés megfogalmazása szerint a következő szándékos elkövetési magatartásformák fogják jelenteni:

- *Fizikai erő, fenyegetés vagy megfélemlítés alkalmazása, jogtalan előny ígérete vagy megadása, hamis tanúzásra rábírás*, vagy a tanúskodás, illetve bizonyítékok szolgáltatásának megakadályozása, jelen Egyezményben tárgyalt bűncselekménnyel kapcsolatban folyó eljárásban,
- *Fizikai erő, fenyegetés vagy megfélemlítés alkalmazása* igazságügyi vagy bűnüldözési tisztviselőnek az ebben az Egyezményben tárgyalt bűncselekménnyel kapcsolatos hivatali kötelezettségei teljesítésének *akadályozása céljából*.

Természetesen ez utóbbi albekezdés nem csorbíthatja azon részes állam rendelkezésére álló jogot, mely szerint más köztisztviselői kategóriák védelmében is, jogszabályokat alkosson. Az Egyezményben található bűncselekményekre vonatkozó rendelkezések minimum alapként szolgálnak a ratifikáló országok számára, attól csak súlyosabb feltételek megalkotásával térhetnek el.

II. BÜNTETŐ ELJÁRÁSJOGGAL KAPCSOLATOS RENDELKEZÉSEK

Az Egyezmény egészét figyelembe véve a büntető eljárásjoggal kapcsolatos rendelkezések összességéről megállapítható, hogy a fenti bűncselekmények elkövetése miatt üldözött személyek ellen az eljárás során alkalmazott bűnüldözési intézkedések hatékonysága maximális, szükséges és visszatartó erővel kell, hogy rendelkezzen. Az eljárás egésze alatt biztosítani kell a védelemhez való jogot, mindemellett biztosítani kell, hogy az előzetes szabadlábra helyezés és a fellebbezés kérdésében hozott döntésekben vegyék figyelembe annak szükségességét, hogy a terhelt jelenlétét biztosítani kell a büntetőeljárás későbbi szakaszaiban.

A szervezett bűnözés össz-bűncselekmények tekintetébeni súlyosságára figyelemmel, a részes államoknak biztosítaniuk kell, hogy az eljáró hatóságok (bíróságok, egyéb illetékes hatóságai) ne

¹⁴ 23. cikk.

hagyhassák figyelmen kívül, a fentiekben tárgyalt bűncselekmények súlyosságát, amikor az ilyen jellegű bűncselekmények elkövetői tekintetében:

- Elítéltek korai szabadítására,
- Feltételes szabadlábra helyezésének,
- Próbára bocsátásának,

lehetőségét vizsgálják. Alapvető rendelkezésként szerepel, hogy a fentiekben is meghatározott magatartások bűncselekménykenti meghatározása, úgyszintén azok üldözése is a részes államok feladata a nemzeti jog alapján¹⁵.

Az Egyezményben tárgyalt büntetőeljárás területéhez kapcsolódó rendelkezések közül a következőket emelem ki és mutatom be az elkövetkezőkben:

- 1) *Kiadatás*
- 2) *Kölcsönös jogsegély,*
- 3) *Közös nyomozások,*
- 4) *Különleges nyomozási eljárások,*
- 5) *Tanúvédelem,*
- 6) *Áldozatok megsegítése, védelme,*
- 7) *Bűnüldöző hatóságok közötti együttműködés javítására irányuló intézkedések,*
- 8) *Bűnüldözési együttműködés,*

1. *Kiadatás*¹⁶

Kiadatás tekintetében az egyezmény három alap lehetőséget szabályoz: *az egyik*, ha a részes államok között az Egyezményt megelőzően nem volt nemzetközi szerződés és a részes állam nemzetközi szerződés meglétéhez köti a kiadatást, *a másik eset*, ha a részes államok között már az Egyezményt megelőzően is volt nemzetközi szerződés, ami kiadásra irányult, *a harmadik eshetőség*, ha a részes államok a kiadatást nem kötik nemzetközi szerződés meglétéhez.

Az első esetben ez az Egyezmény és a benne foglaltak képezhetik a kiadás jogalapját, természetesen, ha a kiadni kért személy a megkeresett részes állam területén tartózkodik, valamint az általa elkövetett bűncselekmény mindkét állam nemzeti joga szerint bűncselekmény, illetve ha az Egyezményben meghatározott bűncselekmények valamelyikét követte el a kiadni kért személy, akár más súlyos, de az Egyezményben nem szereplő bűncselekményekkel együtt.

Második eshetőség fennállása esetén a részes államoknak két lehetőségük van: az első, hogy ezt az Egyezményt – és a benne foglalt bűncselekményeket egyaránt – a kiadási együttműködés alapjául elfogadják jogi alapnak, a másik lehetőség, hogy nem fogadják el kiadási együttműködéshez jogi

¹⁵ 11. cikk.

¹⁶ 16. cikk.

alapnak ezt az Egyezményt, azonban a többi elfogadó állammal külön nemzetközi szerződéseket kötnek.

Harmadik eshetőség esetén, a részes államok az egymás közötti kiadatás tekintetében, ezen Egyezményben meghatározott bűncselekmények tekintik a kiadatás alapjául.

A kiadatás tekintetében továbbra is meghatározó érvényű az *aut dedere, aut punire* elve, hiszen ha nem adja ki az elkövetőt – hivatkozván arra, hogy a saját állampolgára - a részes állam, akkor a kiadást megtagadó állam hatóságainak kell lefolytatnia a büntetőeljárás.

A kiadatásra vonatkozó rendelkezések érintik a büntetőeljárás átadását, valamint a büntetés-végrehajtásának átadását, ám ugyanakkor rögzítik a kiadni kért személy jogainak védelmében a garanciális biztosítékokat, mint például a tisztességes elbánáshoz való jog kimondásával, valamint azzal, hogy nem kötelező a kiadatás teljesítése, ha valamilyen hátrányos megkülönböztetés céljából kérték az együttműködést.

1. Kölcsönös jogsegély

Kölcsönös jogsegélyt az Egyezmény hatálya alá tartozó bűncselekményekkel kapcsolatban – itt fontos hangsúlyozni a *bűncselekmény határokon átnyúló jellegét* - a lehető legszélesebb körben kell biztosítaniuk a részes államoknak, különösen, ha a bűncselekménnyel kapcsolatos bizonyítékok, jövedelmek, tanúk a megkeresett állam területén tartózkodnak. Kölcsönös jogsegély tartalmilag irányulhat:

- Vallomásokra, személyek átadására,
- Igazságszolgáltatási dokumentumokra
- Kutatások, *lefoglalások*, *vagyonbefagyasztás*¹⁷ végrehajtására,
- Helyszíni szemlékre,
- Iratok kiszolgáltatására – banki, pénzügyi, kormányzati -,
- Bűncselekményből származó jövedelmek, tárgyak azonosítására, nyomon követésére.

Főszabályként megállapítható, hogy bármely segítségnyújtási forma, a megkeresett részes állam jogával nem lehet ellentétes. Azonban megkeresés nélkül is nyújthatnak segítséget a részes államok egymásnak a büntetőeljárás lefolytatásának céljából.

2. Közös nyomozások

Az Egyezmény előírja, hogy a részes államok megvizsgálják annak lehetőségét, hogy bilaterális vagy multilaterális nemzetközi szerződét kössenek egymással annak érdekében, hogy két vagy több részes állam területén folyó nyomozás, vagy más büntetőeljárás cselekmény foganatosításához

¹⁷ *Befagyasztás vagy lefoglalás: tulajdon átruházásának, átalakításának, rendelkezési jogának vagy elmozdításának ideiglenes tilalma, illetve a tulajdon felett gyakorolt ideiglenes őrzés, ellenőrzés bíróság vagy más illetékes hatóság által kiadott rendelkezése alapján.*

közös nyomozó egységeket állítsanak fel. Azonban ilyen nyomozást akár nemzetközi szerződés hiányában is folytatható, természetesen a szuverenitás szem előtt tartásával.

3. *Különleges nyomozási eljárások*

A különleges nyomozási eljárások körében az Egyezmény négy fontos pont köré csoportosítja a rendelkezések szabályanyagát:

- Minden részes állam megteszi azon szükséges intézkedéseket a szervezett bűnözéssel szembeni hatékony fellépés céljából:
 - *ellenőrzött szállítások*¹⁸ megfelelő alkalmazásának engedélyezésére,
 - *elektronikus és egyéb úton történő megfigyelésre,*
 - *fedett nyomozások* illetékes hatóságai részéről történő alkalmazására.
- Ösztönzi a részes államokat, hogy a nyomozások elősegítése céljából egymással kössenek bilaterális vagy multilaterális szerződéseket vagy megállapodásokat, a fenti különleges nyomozási eljárások nemzetközi együttműködés keretében történő alkalmazása tekintetében.
- A fent említett nemzetközi szerződés hiányában a különleges nyomozási eljárások nemzetközi szinten történő alkalmazásáról esetileg születnek döntések. (Ezek a döntések magukba foglalják a pénzügyi kérdéseket és az érintett részes államok joghatóságára vonatkozó megállapodásokat, ha szükséges.)
- Ellenőrzött szállítások nemzetközi szinten történő alkalmazására vonatkozó döntésekben az érintett részes államok egyetértésével egyéb módszerek alkalmazása is megtörténhet, nevezetesen:
 - *árak elfogása,*
 - *érintetlenül történő továbbengedése,*
 - *árúk teljes vagy részleges kivétele vagy kicserélése.*

4. *Tanúvédelem*¹⁹

A szervezett bűnözéssel kapcsolatos talán egyik legjelentősebb eszköz a büntetőeljárás területén a tanúvédelemhez kapcsolódik. Az Egyezmény szerint a tanúvédelem alá azok a személyek eshetnek, akik:

¹⁸ *Ellenőrzött szállítás: azt az eljárást kell érteni alatta, amelynek során törvénytelen vagy gyanús szállítmányokat ki-és beengednek, illetve átengednek egy vagy több állam területén, azok illetékes hatóságainak tudtával és felügyelete alatt, bűncselekmény felderítése, illetve a bűncselekmény elkövetésében részt vevő személyek azonosítása céljából.*

¹⁹ 24. cikk.

- az itt tárgyalt bűncselekmények valamelyikével kapcsolatban tanúvallomást tesznek, vagy ezek hozzátartozójuk (rokonok vagy más hozzájuk közel álló személyek),
- esetleges megtorlástól vagy megfélemlítéstől lehet tartani.

A tanúvédelem, jelen esetben magában foglalja a következőket:

- érintett személyek *fizikai védelmét szolgáló* eljárások nevezetesen:
 - *elköltözésük*, e tekintetben a részes államok megvizsgálják a nemzetközi szerződések kötésének a lehetőségét,
 - *személyazonosság* valamint a *tartózkodási helyre* vonatkozó információk kiadásának korlátozása,
- olyan bizonyítási eljárási szabályok előírása, amelyek lehetővé teszik, hogy a tanú a vallomását oly módon tegye meg, amellyel a biztonsága szavatolva van (vagyis a tárgyaláson nincs jelen, de akár kommunikációs eszközök útján részt vesz az eljárás ezen szakaszába, mint például videó-kapcsolat).

A tanúvédelemben részesülők körébe az áldozatok is beletartoznak, amennyiben tanúvallomást tesznek a hatóság előtt.

5. *Áldozatok megsegítése és védelme*²⁰

Az előző rendelkezésben már említett tanúvédelem aláeső áldozatok - természetesen amennyiben az Egyezményben foglalt bűncselekmények valamelyikének áldozatáról van szó – részesülhetnek védelemben, illetve segítséget kaphatnak a hatóságoktól. Az áldozatok *védelme* tekintetében a már korábbiakban foglalt rendelkezések az irányadóak. Az áldozatok *megsegítése*, viszont a *kártalanításra és a kárpótlásra vonatkozó eljárások* kidolgozásán keresztül valósulhat meg. Az áldozatoknak mindemellett biztosítani kell az eljárás egésze alatt a véleményének és fenntartásainak kifejezését, természetesen a védelem jogainak tiszteletben tartásával.

6. *Bűnüldöző hatóságok közötti együttműködés javítása*²¹

Az Egyezmény ösztönzi a részes államokat olyan intézkedések megtételére - melyek elősegítik a „bűnbánó maffiózók” tekintetében -, a szervezett bűnöző csoportban résztvevő vagy korábban részt vett személyek információ szolgáltatásának az elősegítését a hatóságok felé. Ezeknek az információknak a következőkkel kell rendelkeznie, hogy a hatóságok felé értékesek legyenek:

²⁰ 26. cikk.

²¹ 27. cikk.

- A szervezett bűnöző csoport *azonosítása*, jellege, összetétele, felépítése, tartózkodási helye vagy tevékenysége,
- *kapcsolatok* más szervezett bűnöző csoportokkal, nemzetközi kapcsolatokkal,
- a szervezett bűnöző csoport által *elkövetett vagy elkövetni tervezett* bűncselekményekkel kapcsolatos ismertek.

Azonban ezeknek az információknak tényszerűnek, konkrét segítséget jelentőnek kell lennie, melyek segítségével az illetékes hatóságok meg tudják fosztani anyagi forrásaiktól vagy a bűncselekményből származó jövedelemtől a szervezett bűnöző csoportot. *Cserébe* a hatóságok a vádlott *büntetésének enyhítését*, a *büntetés alóli mentesség* biztosításának, valamint *védelembe* részesítésének a lehetőségét figyelembe veheti a fentiekben meghatározott feltételek fennállása esetén.

Azonban ez az információszolgáltatás előfordulhat részes államok közt is, ebben az esetekben a részes államok közti nemzetközi szerződések az irányadóak.

8. *Bűnüldözési együttműködés*²²

Az Egyezmény szerint a szervezett bűnözés elleni fellépés egyik kulcselem a rendkívül széles és szoros együttműködés, mely a következőket foglalja magába:

- Hatóságok közti *kommunikációs csatornák kialakítása vagy bővítése*,
- *Együttműködés* az Egyezményben tárgyalt bűncselekmények vonatkozásában folytatott nyomozások során, különösen a:
 - gyanúsított személyek személyazonossága, tartózkodási helye, tevékenysége, további érintett személyek tartózkodási helye,
 - bűncselekményből származó jövedelem vagy vagyon mozgása,
 - a bűncselekménynél használt vagy felhasználni tervezett vagyon felszerelések mozgása.
- Elemzési, nyomozási célból tárgyak vagy anyagminták *rendelkezésre bocsátása*,
- Hatóságok és szerveinek *koordinációja*, személyzetének szakértőinek *csere támogatása*, összekötő tisztek cseréjének támogatása,
- Szervezett bűnöző csoportok által alkalmazott eszközök, módszerek, útvonalak, szállítóeszközökre, hamis személyi azonosságra vonatkozó *információk cseréjére*,

²² 22.cikk.

A bűnüldözési együttműködés keretében a fentiek mellett, még hangsúlyozza az Egyezmény a tudományos élet, jeles képviselőivel folytatandó konzultálást a szervezett bűnöző csoportok új irányzatairól, akárcsak a gyakorlati szakemberek (ügyészek, bírák, vámtisztviselők) képzési és technikai felkészítését. Azonban a részes államok a hatékony fellépés érdekében nem csak a részes államok közti együttműködést, hanem a fejlődő országokkal kiépítendő együttműködésre is kiemeli, mégpedig azok támogatásán keresztül.

KONKLÚZIÓ¹

Összegzésképpen megállapítható, hogy e rég várt, csak a szervezett bűnözéssel foglalkozó nemzetközi dokumentum, ha hatályba lép – hatályba lépés a negyvenedik ratifikációs elfogadási, jóváhagyási vagy csatlakozási dokumentum letétbe helyezését követő kilencvenedik napon várható -, és a részes államok valóban eleget tesznek a szerződésben vállaltaknak, valamint a helyenként homályos fogalmazást konkretizálni tudják, akkor jelentős előrelépést tesznek a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Fontos, hogy felismerte a nemzetközi közösség a súlyosságát a szervezett bűnözés széleskörű, a társadalmat és a gazdaságot egyaránt károsító tevékenységének. Ám éppen ezért nem csak a bűnügyi tudományok területén alkalmazott vagy alkalmazandó rendelkezésekkel lehet „csak” hatékonyan fellépni a szervezett bűnözéssel szemben, hanem más jogterületeken alkalmazott védelmi, megelőző jellegű intézkedések bevezetésével, melyekkel a szervezett bűnözést az anyagi oldalánál „lehet megfogni”. Akár úgy hogy az újonnan nyíló, anyagi haszonnal járó területekre nem engedi be a gyanús gazdasági társaságokat (Izd, olaszországi autópálya-koncessziók), akár úgy, hogy az illegális jövedelmek legális gazdaságba történő bejuttatását megakadályozza a pénzügyterületekre vonatkozó szabályanyag szigorításával.

Azonban talán nem elhamarkodott az a megállapítás, hogy a bűnözés e fajtája - mely amőba formájára változik – elég régóta létezik, és sajnos létezni is fog, ezért hiú ábránd lenne azt várni, hogy egy nemzetközi egyezménytől megszüntethető e jelenség. Ha megszüntetni nem is fogja soha ezt a kriminológiai jelenséget e bevezetésre váró szabályanyag, de kordába tartani igen, és ennek egyik legfontosabb eszköze a nemzetközi együttműködés a lehető legszélesebb körben, melynek egyik alappilléreként fog szolgálni ez az Egyezmény.

CRIMINAL LEGAL ASPECTS OF MONEY LAUNDERING

by

Prof. Dr. Dragan Jovašević*

Money laundering as problem in Law of Serbia and Montenegro

Passing the Law on Prevention of Money Laundry in September 2001¹ Serbia and Montenegro (former Federal Republic of Yugoslavia) joined a large number of states which have united in their effort to prevent and repress the most dangerous forms and types of organized crime related to property as a very serious security problem which knows no borders between states even between continents. Crime in general, and organized crime in particular crosses the borders of some states and becomes the international security problem of wide proportion with the tendency to penetrate further in all spheres of society.

Individuals, groups and organizations have only one aim – gaining illicit property gain or unlawful profit. Such a gained property has to be legalized in order to be used within legal financial flows in the country but also abroad. But legalization of money does not neutralize the motives and aims of criminal activities which represents the basis of security endangering.² In such a way these persons undertake various measures and activities aimed at 'laundering' illicitly gained money and other values (securities, value markings, and other) with the assistance of financial, investment, banking, stock exchange and other organizations and institutions and thus acquire healthy and legal basis for them.

MONEY LAUNDERING AS CRIMINAL OFFENCE IN INTERNATIONAL LAW

In order to repress these unlawful activities on the international level there has been norm-setting of law and obligations of certain states in undertaking adequate measures, means and procedures for prevention and repression of money laundry. Many international laws have been passed which precise unlawful activities and certain types and forms of money laundering as well as measures and procedures by national legislations in repression of this occurrence. In European law money laundering has been given a status of independent criminal offence, but this crime has been known by many other national criminal legislations.

The term 'money laundering' originated in America in the middle of last century. The terms means various activities by criminals and criminal groups aimed at legalization of money gained by

* Ph.D., Professor of Faculty of Law in Nis, Serbia and Montenegro

¹ Official Gazette of FRY, No.53/01 September 28.2001.

² Ljubiša Jovanović, Dragan Jovašević; Criminal Law, General Part, Nomos, Belgrade, 2002.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

criminal activities.³ The criminals launder money by various financial activities, financial transactions, investments and stock exchange activities in order to conceal the true origin of money and thus make it legal part of capital market. In this way they have the possibility to use normally and freely the unlawfully gained money and market it in business relations and commercial business in general both in their country and abroad.

The international community has early realized the amount of social danger in money laundry operations and has therefore undertaken a large number of activities in order to prevent and repress the unlawful activities as efficiently as possible. In the 1980s the intensifying of fight against illicit production and trafficking of narcotics brought about the ideas for coordinated activities on the international level in order to repress money laundering. Namely, the aim of these activities was directed at disabling, prevention and interrupting the organizations and activities of some crime organizations involved in illicit trafficking of narcotics, primarily the Columbian cartel.

Having realized the real danger from organized crime of the international character which knows no political, state and ideological borders between nations, states and continents, the international community begins to develop a strategy for general fight against the most dangerous types of crime – trafficking with narcotics, white slavery, weapons, etc. - all connected closely to money laundering. Many international legal acts have been passed to this effect. These are:

- 1) UN Convention against illicit trafficking with narcotics and psychotropic substances passed in 1988 in Vienna;
- 2) Convention on laundering, search and confiscation of criminally gained profit dated November 8, 1990, Strasbourg
- 3) 1991 Directive for prevention of use of financial system for money laundering
- 4) 1993 Cyprus Communiqué
- 5) UN Convention against transnational organized crime passed December 12-15, 2000, in Palermo.

These international acts establish a legal basis for governing of incriminated behaviour related to money laundering in national criminal legislation and regulation of criminal sanctions.⁴ It is therefore very important how individual national legislations deal with criminal-legal aspect of money laundering, all the more so as many solutions included in the said international legal acts are incorporated in the solutions of national criminal legislations.

The 1988 UN Convention against illicit trafficking with narcotics and psychotropic substances (known as Vienna Convention) which was accepted by more than a hundred states, our being

³ Dragan Jovašević, Lexicon of Criminal Law, Službeni list SRJ, Beograd, 2002, page 481-482 ; Vojislav Đurđić; Dragan Jovašević, International Criminal Law, Belgrade, 2003, page 92

⁴ Dragan Jovašević, Commentary of Criminal Code of the FR Yugoslavia, Službeni glasnik, Belgrade, 2002.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

among them⁵, provides for the obligation of signatory countries to incriminate many activities connected to drug trafficking within their national legislation as well as to treat laundering of such earned money as criminal activity. Article 3 of the Convention defines the concept of money laundering as criminal offence. According to the definition this crime exists when the following activities are undertaken with premeditation (on purpose):

- 1) conversion or transfer of property knowing that the property is the result of committed crime in order to conceal illicit origin of the property;
- 2) assistance to any person involved in commitment of such a crime in order to avoid legal consequences of these activities;
- 3) hiding or concealing the true nature, source, location, availability and movement of derived ownership rights or property knowing that the property is the result of committed crime;
- 4) gaining, possession or use of goods or things or values (knowing at the time of its receipt) that are the result of illicit trafficking of narcotics ;
- 5) collusion in order to commit, attempt, assist, instigate, facilitate or advise to commit crime of trafficking with narcotics including money laundering.⁶

In this way the crime of money laundering has been defined by many activities including preparatory activities, attempt and even the complicity (instigation, assistance or organization of criminal association) as the activities of commitment. This extends the sphere of punishable behaviour making it equal to commitment. Knowledge, consciousness, intention or purpose as subjective elements of psychological nature must exist as important constituting elements of this crime. The Convention has not defined the kind and amount of penalty but left that to national legislations.

The other important act in this field is the Convention on laundering, search, seizure and confiscation of profit gained by criminal activities which was passed by the Council of Europe on November 8, 1990, in Strasbourg.⁷ This Convention also defines the obligation of signatory countries of this international organization to include the crime of money laundering in their respective national legislations. The characteristics of this crime are defined identically as by the Vienna Convention with the difference that in this case there is a tendency to take away and confiscate complete property gained not only by unlawful activities related to narcotics, but also related to terrorism, trading white slavery, weapons and criminal acts by which a great profit is made.

⁵ Official Gazette FRY – International agreements, No.14/1990.

⁶ W.C.Glimore, International Initiatives in the Field of Money Laundering, Butterworths Journal of International Banking and Financial Law, 1995, godine, str.260

⁷ This Convention was ratified by the Federal Assembly FRY on their Session dated July 02. 2002. The text of the Convention was published in the Official Gazette of FRY, International Agreements , No. 7/2002 , July, 03. 2002.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

Article 6 of the Convention defines the concept and characteristics of crime of money laundering which consists of intentional undertaking of one or several of the following activities:

- 1) conversion or transfer of property knowing that the property is the result of committed crime in order to conceal or present untruly the origin of property or assisting an individual involved in committment of predicative crime in order to avoid legal consequences for his acts;
- 2) concealing or untrue representation of legal nature, source, location, use, movement of rights or property in relation to the property knowing that the property is the result of committed crime;
- 3) gaining, possession or use of property knowing at the time of receipt that it is the result of criminal activities ;
- 4) participation, collusion or conspiracy in order to commit, try to commit and assist, instigate or facilitate and advise to comit any crime.

The problems of undertaking efficient measures for prevention and repression of money laundering were also included in the UN Convention against transnational organized crime with two additional protocols: the Protocol for prevention, repression and punishment of trading with human beings, especially women and children and the Protocol against smuggling of migrants by land, sea or air. The latter international legal acts were passed at the Conference sponsored by the United Nations in December 2000 in Palermo.⁸

Article 6 of this Convention titled "Criminalization of criminally gained profit laundering" defines the concept and characteristics of the crime of money laundering which all signatory countries are obliged to include in their national criminal legislation.

Article 7 of the Convention also provides for the measures for fighting against money laundering and defines the subjects, activities and procedures by competent national authorities regarding prevention and repression of various forms and types of money laundering.

CRIME OF MONEY LAUNDERING IN COMPARATIVE LAW OF SOME COUNTRIES

Based on these international legal acts a large number of countries has in the recent years included in their national legislations the crime of money laundering carrying severe penalties.

The Republic of Slovenia first passed a separate Law on prevention of money laundering⁹, and then in their Penal Code¹⁰, Art. 252, included the crime of money laundering. This crime takes several

⁸ This Convention with additional protocols was ratified by the Federal Assembly on their Session of June 22, 2001. The text of the Convention and additional protocols was published in the Official Gazette of FRY, International Agreements, No. 6/2001, June 27, 2001.

⁹ Official Gazette of the Republic of Slovenia, No. 36/1994

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

forms. The basic crime is committed by a person who takes, exchanges, holds, makes available or use in commercial activities or puts otherwise in circulation the money for which he/she knows that it is gained by committing a crime. Thus the various manners of putting "dirty money" into legal circulation are incriminated. The prescribed penalty for this form is prison sentence up to three years.

If a large amount of money is concerned (and which is a large amount is a fact that the court has to establish in each particular case taking into account all circumstances of crime and perpetrator's personality) the law prescribes the penalty of imprisonment up to eight years and cumulatively fine. In case that several individuals colluded in order to commit one or several activities aimed at money laundering we have the most serious form of this criminal offence for which a penalty of one to ten year imprisonment is prescribed and cumulatively fine. These are the offences of particular social danger because of which the law provides for much serious penalties.

In all above mentioned, basic and serious forms, we have intentional undertaking of some of law forbidden activities. However, the criminal law provides for the responsibility and punishability up to two year imprisonment even when an individual does an activity aimed at money laundering without knowing, but could have known, that the money is the result of a crime. In case of committing any of the above mentioned crimes the Slovenian law provides for a safety measure – obligatory dispossession of the subject of the crime of money laundering.

The Republic of Macedonia¹¹ also passed a new Criminal Code in 1996 which in Article 273 in the group of crimes against economy includes a separate crime named "Money laundering and other illicit property gains". According to the description of this law the crime of money laundering takes several forms. The basic crime carrying the penalty of one to ten year imprisonment exists when a person in banking, financial or some other economic business transaction puts into circulation, takes, hides, exchanges or changes the money for which he/she knows that it is the result of illicit trading with narcotics or weapons or other crimes or conceals otherwise the origin or source of such money. The same penalty is prescribed for a person who puts in the market or otherwise offers for sale property, valuable objects or other goods knowing that they are the result of trafficking drugs, weapons or any other crime. This is in fact the incrimination of activities related to legalization of money and other property gains which are the result of legally precisely defined organized crimes.

In case that one of the activities of the basic form of this crime is done by a person who did not know the real origin of the money or other illicitly gained property, but was obliged and could have known the circumstances, there is a less serious form implying the fine or imprisonment up to three years.

The most serious form of this crime exists when some of the activities aimed at money laundering are done by a person as a member of group, gang or some other form of association which has been

¹⁰ Kazenski zakonik Republike Slovenije z uvodnimi pojasnili Boštjana Penka in Klauđija Stroliga in stvarnim kazalom Vida Jakulina, Ljubljana, 1999.

¹¹ Official Gazette of The Republic of FYR of Macedonia, No. 37/1996

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

founded with the aim to launder money or for the purpose of some other property gain. For this crime there is a penalty of imprisonment of at least five years. The Criminal Code of Macedonia includes implicitly the obligatory pronouncing of safety measure – dispossession of indirect or direct property gain which is the subject of this crime.

The Republic of Croatia took the same path passing the new Criminal Code in 1997.¹² This Code in Article 279 provides for the crime titled "Concealing illicitly gained money". This crime also takes many forms. The basic form of the crime is committed when a person in banking, monetary or some other economic business transaction deposits, takes, exchanges or otherwise hides the true source of money or things or rights gained by the money known to be the result of a crime for which the penalty of five years imprisonment can be pronounced or the crime committed by a group or other criminal organization or by a person who takes such money, things or rights for himself or other person or have them in their possession or puts them in circulation. We have here the concealing of illicit gain through the most serious organized crimes. For this crime there is a prison sentence from six months to five years.

More serious form of this crime which carrying the prison sentence from one to ten years exists when the concealing of illicitly gained money is done by a person as a member of a group or criminal organization.

The law provides for a less serious form of this crime which implies the prison sentence from three months to three years. This form of crime is committed by a person who undertakes some of the above activities related to money laundering being negligent regarding the origin or source of the money, things or rights. It is interesting that this law includes this crime even when the money, objects or rights are the result of a crime committed in a foreign country. The money and things which are the result of a committed crime are bound to be taken away pronouncing the appropriate safety measure. And finally, this Code provides for the possibility to release the perpetrator for criminal or political reasons on condition that he/she voluntarily contributes to discovering the crime of concealing of illicitly gained money.

Republika Srpska passed the new Criminal Code¹³ in 2000, which in Article 270 provides for the crime of money laundering almost identically as in the above mentioned Codes. This crime also takes many forms. The basic crime is committed by a person who takes, exchanges, holds, makes available or uses the money for which he/she knows to be the result of a crime in economic business transactions or otherwise hides or tries to hide it. The penalty for this crime is six months to five years imprisonment.

The first more serious form of this crime for which the penalty of one to eight years imprisonment is pronounced is committed by a person who acts as executor or accomplice of a crime by which money or other property gain is acquired. Here we have organizing of several persons in order to commit this crime. The other more serious form of this crime carrying prison sentence from one to

¹² Official Gazette of the Republic of Croatia, No. broj110/1997.

¹³ Official Gazette of the Republic of Srpska (Bosnia and Hercegovina), No. 22/2000.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

ten years exists regarding the value of 'laundered' money. This crime exists when a large amount of money or some other property is laundered (and what is the large amount is the fact that has to be established by the court). The most serious form of this crime carrying a prison sentence from two to twelve years exists when this crime is committed by several persons associated in order to commit such crimes. Here we have a form of organized crime which is directed at committing such activities of money laundering as their activities.

In case that the crime perpetrator laundered money neglecting the fact that the money and property are the result of committed crime, there is a less serious form of this criminal offence carrying the prison sentence up to three years. This Code has also provided for obligatory dispossession of money and property which are subject to committed crime in any of the mentioned forms as a special safety measure.

The Russian Federation passed the Criminal Code in 1996¹⁴; Article 174 of this Code includes a separate crime named "Laundering of money or other illicitly gained property". This crime takes three forms. The basic criminal offence refers to financial operations and other business transactions with money or other property which was acquired illicitly as well as the use of the said means for enterprising or other economic activities. There is a fine for this crime amounting from 500 to 700 minimum labour cost or salaries or other wages of a convicted person for the period of time from five to seven months or four years of imprisonment with the fine of one hundred minimum amounts of labour cost or salaries or other wages of a convicted person up to one month or without it.

More serious form of this criminal act exists if the basic crime was committed by a person as a member of a group after the previous agreement or many times (therefore, in case of repeated offense by a person who was already convicted for the same crime) or by a person who abused his authority. The penalty for more serious form of this crime is four to eight years of imprisonment with or without the confiscation of property. The most serious form of the crime of money laundering which carries the prison sentence from seven to ten years with or without the confiscation of property exists when the basic crime was committed by organized groups or to a large extent (what is the large extent or the amount of laundered money or other property gain is the fact that has to be established by the court in each particular case).

The presented comparative legal analysis shows that all considered laws (or codes) include the crime of "laundering (or concealing) money or other illicit gains" in their special parts. This crime takes several forms. The provisions of international legal acts make their basis. It should be said, however, that various activities of putting illicitly gained money into legal circulation, but also the various forms of accomplicing (instigation, assistance in some other manner or criminal organization), as well as preparatory activities are considered the committment of this crime. These crimes imply the penalty of imprisonment and most often cummulative fines. In addition to this the law prescribes the obligatory pronouncing of safety measure – dispossession of subject of criminal act as specific criminal-law measure.

¹⁴ Skuratov J.J.; -Lebedov V.M.; Commenty of the Criminal Code of the Russian Federation, Norma, Moscow, 1996.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

MONEY LAUNDERING IN THE CRIMINAL LAW OF SERBIA AND MONTENEGRO

The Law on prevention of money laundering Federal Republic of Yugoslavia passed in September 2001, and effective as of July 01, 2002, defines the concept of money laundering, the manners, procedures, activities, forms and types of manifestations and includes many measures, procedures and approaches by competent authorities or persons having an obligation to detect, prevent and suppress the activities by natural and legal persons related to concealing of unlawfully gained money and other property gain. The money laundry includes depositing of money gained by performing illicit activities on the accounts with banks or other financial organizations or institutions or otherwise putting such money into legal financial operations. According to law this crime may be committed in two manners as follows:

- by depositing money on the account and
- by putting money into legal financial operations.

For the existence of this criminal offence several cumulative conditions must be fulfilled. They must be either depositing of money on the account with banks or other financial organizations or institutions or otherwise putting such money into legal financial operations. In order to be legally relevant, these activities must refer to the money which may appear in one of the following forms: as cash, effective foreign currency or other finances. What is important is the fact that the money was gained by performing illicit, unlawful activities such as: grey economy, illicit trade in arms, narcotics or psychotropic substances and other illicit activities.

The perpetrators of these incriminated activities according to law may be domestic or foreign natural or legal persons.

In addition to the legally specifically stated activities by which a criminal offence of money laundering can be committed, but also other illicit gains, the activities on assisting with money laundry are also incriminated. These activities include all actions and procedures by which one provides for, contributes, facilitates, makes conditions or assumptions for money laundry. The activities enabling money laundry include the following:

- 1) concealing or hiding the origin of money or place where it was deposited or concealing the purpose of use of property and all rights resulting from performing an illicit activities;
- 2) exchange or transfer of property resulting from performing illicit activities;
- 3) acquiring, possession or use of property resulting from performing illicit activities, and
- 4) concealing of illicitly gained public property or public capital on the occasion of property transformation of a company.

In order to be able to deal with money laundry or enable it in any of the specified manners, we need to have the activities undertaken and directed at the money which was illicitly gained. Illicitly

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

gained money is the money gained in an unlawful manner either as cash money or cash equivalent in domestic or foreign currency, stocks and bonds and other payment facilities in domestic or foreign currency as well as property (rights and things) bought with such money.

Article 4 of this law includes a range of general, specific and special measures and activities aimed at detecting and preventing of money laundry on the occasion of taking, exchanging or changing money or when concluding business transactions regarding property or during any other dealing with money or property which can make the opportunity for money laundry. All those various dealings with money are called transactions by law. The transactions at that do not include specifically the following activities: withdrawing cash from the current or giro account, savings account or some other account, or withdrawing effective foreign currency from foreign currency account or foreign currency savings account.

Article 5 of the Law on prevention of money laundry defines the subjects of detecting and preventing of money laundry. It defines them as persons having an obligation. These are: legal persons and their responsible persons. As persons having an obligation for various measures and activities on prevention of money laundry are: banks and other financial organizations, companies of postal, telegraphic and telephone traffic, other companies and cooperative societies, government agencies, organizations, funds, institutes, institutions as well as other legal persons financed partially or completely by public revenues, the National Bank of Serbia, insurance companies, stock exchange, stock brokers and other subjects involved in transactions with money and stocks and bonds, precious metals and precious stones, exchange offices, pawn-shops, casinos, poolrooms, slot-machine clubs and organizers of prize games and other games of chance, as well as other legal and natural persons which purchase and sell debts and claims or deal with financial transactions.

According to this law the criminal offence of 'money laundry' takes three forms: basic, specific and serious. This solution is using in law of Republic of Serbia. The other Republic in Serbia and Montenegro has brought new Criminal Code¹⁵ in December 2003. As like this Criminal Code has provided special criminal offence : Money laundering in Article 268.

The basic form of this criminal offence carries prison sentence from six months to five years. It exists when any of the mentioned activities which are contrary to the provisions of this law is undertaken by which money is deposited with a bank or other financial organization or institution or is otherwise included into legal financial circulation in order to do legal economic or financial activities if the money is the result of a criminal activity. The awareness, knowlegde of a perpetrator that the money is the result of some or any criminal activity is the basis for criminal liability of this person. Even the attempt to comit this crime (in case of intentional starting of any activity directed at money laundry) is punishable by law.

The specific form of this crime which carries the imprisonment up to three years exists in case when a perpetrator did now know that the money was the result of a crime, but could have known or was obliged to known that. In this case therefore it is a lower degree of culpability when the perpetrator

¹⁵ Official Gazette of the Republic of the Montenegro, No.70/2003.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

acts negligently regarding the origin of money which is subject to commitment of this criminal offense.

The most serious form of this criminal offense carrying a prison sentence of one to eight years exists when the amount of laundered money exceeds one million dinars. Therefore, the amount of 'laundered' illicitly gained money which is subject to this crime represents qualifying circumstance for this criminal offense. In any case regardless of the form of the criminal offence the court pronounces obligatorily the safety measure of dispossession of the money or profit which are subject to this crime in addition to the sentence (imprisonment and/or fine).

The perpetrator of the crime of money laundry can be natural person (domestic or foreign citizen), but also the responsible person as legal person who knew or was obliged to know or could have known that the money is the result of criminal activities.

In addition to criminal offence carrying very severe penalties, Article 28 of the law includes economic torts of a legal person or his/her responsible person, as well as the tort of an entrepreneur included in Article 29 of the law.

And finally regarding the efforts which our country has recently undertaken in order to root out the money laundry is passing the Law on organization and jurisdiction of state institutions on suppression of organized crime.¹⁶ This law governs establishing, organization, jurisdiction and powers of special government bodies – the Belgrade District Court, Special Prosecutor's Office, Special Service for suppression of organized crime established as part of the Ministry of Interior and Special Detention Unit within the Department for Execution of Penal Sanctions of the Ministry of Justice in order to detect and prosecute perpetrators of criminal offences having the elements of organized crime where money laundry is included as well.

CONCLUSION

The increase of new and various forms of criminal offences has been noticed recently especially those which include the international element, i.e. the element of organized crime. Crimes when perpetrators have the purpose of obtaining some illicit property gain for themselves or for some other person take special part within them. But this gain is not the purpose in itself but has to be legalized or laundered by putting money or other property into legal circulation. The international community, but also the individual countries are faced with the problem of suppression of the money laundry or concealing the origin or money gained by committing crime. The Serbia and Montenegro (former Federal Republic of Yugoslavia) joined these tendencies and in September 2001 passed a special Law on prevention of money laundry (now in application in Republic of Serbia) and in December 2003. passed Criminal Code of the Republic of Montenegro .

This law dealing with money laundry in our country provides for a wide range of preventive measures and procedures directed at detection, prevention and suppression of various activities of money laundry or assistance with money laundry and this law is supposed to lead our country into a

¹⁶ Official Gazette of the Republic of Serbia, No. 42/2002 ,27/2003 i 39/2003

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

circle of other contemporary states which try to put a stop to this dangerous social evil by organized, systematic and continuous activities of various social subjects. It is certain that in this fight the repressive measures – sanctions for criminal offences, economic torts and torts - cannot be completely efficient.

The preventive measures take special place here especially those trying to remove the conditions which lead to situations that illicitly, i.e. unlawfully gained money is put into legal financial and economic flows in various manners through various financial and other transactions. Naturally, this is the fight where every country should count on the assistance of other countries, even the whole international community, in the same way as crime which does not know the borders between countries.

BIBLIOGRAPHY:

Đurdjić Vojislav; Jovašević Dragan; International Criminal Law, Belgrade, 2003

Glimore Nj.C.; International Initiatives in the Field of Money Laundering, Butterworths, Journal of International Banking and Financial Law, 1995.

Jovanović Ljubiša; Jovašević Dragan: Criminal Law, General Part, Nomos, Belgrade, 2002.

Jovanović Ljubiša; Djurdjić Vojislav; Jovašević Dragan: Criminal Law, Special Part, Belgrade, 2004.

Jovašević Dragan: Lexicon of Criminal Law, Službeni list SRJ, Belgrade, 2002.

Jovašević Dragan: Commentary of Criminal Code of the Federal Republic of Yugoslavia, Službeni glasnik, Beograd, 2002.

Criminal Code of the Republic of Slovenia, Uradni list, Ljubljana, 1999.

Skuratov J.I.; Lebedov V.M.: Commentary of the Criminal Code of the Russian Federation, Norma, Moskva, 1997.

Eastern European Criminal Law Journal **Volume 1, Issue 2 (January 2005)**

NOTION AND BASIC CHARACTERISTICS OF INTERNATIONAL CRIMINAL LAW

by

Prof. Dr. Dragan Jovašević

Abstract: When the Roman Statute of permanent International Criminal Court came into force in the middle of 2002, a new branch of penal law – international criminal law – has finally been constituted. It is a system of legal regulations contained within the documents of the international community and national legislations which determine the concept and characteristics of international criminal offences, the system of penal responsibility and penalties, as well as the bodies and procedures to pronounce penalties to perpetrators of the most serious crimes against peace and international security. This finally brings into life centuries long idea of establishing universal criminal justice, or justice superior to national ones, which would pronounce penalties for breaches of international rules of conduct of states and individuals.

THE NOTION OF INTERNATIONAL CRIMINAL LAW IN THEORY

There is not a unanimous understanding of the notion and content of the international criminal law in theory. According to the oldest 19th century view this notion includes a set of rules on special validity of national criminal legislation or the set of rules on application of national criminal law depending on where a crime was committed or depending on the nationality of its perpetrator.¹ A slightly broader view of this branch of law is the one, which in addition to the above said content includes also the rules regarding international legal aid in criminal matters (lodging information on perpetrators, validity of international courts decisions and other). Since they lack the international rules certain countries determine on their own the validity of their criminal laws referring to the acts committed abroad or to foreign citizens as crime perpetrators; in this way the international criminal law adequately to international private law used to be limited to the settlement of conflicts of criminal laws of various countries.

There is also a specific view of international criminal law, which defines this branch of law as a set of rules that determine the conditions and assumptions according to which the states must help each other in legal cases in order to insure the performance of their penal authority within the international community.² There are also some views in theory according to which the international criminal law is a discipline that determines the jurisdiction of criminal courts of a country in relation to the jurisdiction of foreign courts, then the application of material and criminal proceedings laws in relation to the place

* **Professor of Faculty of Law in Nis, Serbia and Montenegro.**

¹ Jescheck, H. H., *Lehrbuch des Strafrechts, Allgemeiner Teil*, 2. Auflage, Berlin, 1972, p. 127

² Martens, *Traite de droit international penal*, Paris, 1887, p.5

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

and perpetrators as well as the execution of foreign court decisions, especially criminal court decisions, and legal aid in criminal matters and extradition.³

There are also various interpretations of this notion in our domestic criminal law theory. For instance, the international criminal law is determined as a set of rules of international community of states or contracts between certain states by which the international criminal acts and penalties for their perpetrators are established in order to protect international relations (international peace and security of mankind).⁴ There is a similar opinion according to which the international criminal law is a set of rules and regulations contained in the documents of the international community and contracts concluded between certain countries by which the international criminal acts and penalties are established in order to preserve the international peace and security of mankind, as well as a set of rules which provide for the conditions for international legal aid referring to the application of penalties to the crime perpetrators.⁵ In theory we can also find a definition of international criminal law as an entirety of criminal law norms referring to international relations.⁶ There is also an interesting definition according to which the international criminal law includes both the international legal aspects of criminal law and criminal law aspects of public international law.⁷

THE CHARACTERISTICS OF INTERNATIONAL CRIMINAL LAW

According to such definitions of the notion of the international criminal law, it follows that it has the below mentioned characteristics, consisting of two set of rules.

The first set is made of rules, which establish the international criminal offences. Here we can distinguish two kinds of criminal offences. The first kind covers the conduct breaching the international contracts, agreements or guarantees and in this way disturbing or endangering peace between nations and the security of mankind or breaching war rules and practices and maltreatment of war prisoners, the wounded, the sick, shipwrecked persons and civilians, or the conduct destroying biological, economic, cultural and other conditions necessary for the existence of a nation or national, racial, religious or ethnic group. The second kind includes all remaining international crimes breaching or endangering values protected by the international criminal law (offences related to narcotics, prostitution, pornography, piracy, hijacking, terrorism, hostage taking, and other)⁸.

The second set consists of the rules by which the conflicts regarding spatial validity of criminal laws of various countries are settled and the rules regarding the international legal aid related to the extradition

³ Zlatarić, B., *Međunarodno krivično pravo, Prvi deo, Rasprostranjenost represivne vlasti države*, Zagreb, 1979, p. 15-18

⁴ Čejović, B., *Krivično pravo, Opšti deo*, Beograd, 2002, p. 51-52; Radovanović, M., *Krivično pravo, Opšti deo*, Beograd, 1975. p. 10

⁵ Jovanović, Lj., Jovašević, D., *Krivično pravo, Opšti deo*, Beograd, 2002, p. 24-25

⁶ B. Zlatarić, op. cit., p. 24

⁷ Stojanović, Z., *Međunarodno krivično pravo*, Beograd, 2002, p. 3

⁸ Đurđić V., Jovašević D., *Međunarodno krivično pravo*, Beograd, 2003. godine, str.46

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

of crime perpetrators to countries on whose territories they committed crimes for pronouncing or execution of penalties.

The source of these rules is in the international legal documents. Here we distinguish the universal documents of the international community which are therefore yielded within or under the wing of the UN, and then the documents of regional organizations (such as the Council of Europe) or the contracts concluded between two or more countries.

These are the legal rules, which do not have statutory character, so unlike the national criminal law that is the statutory law, here we do not have a statutory law although one of the basic principles of the international criminal law is the principle of legality.

The rules refer both to material and proceedings law. There are certain rules, which only partially determine certain issues or institutes of international criminal law, but there are also rules (Roman Statute of the International Criminal Court) which completely establish the field of this branch of law.

Some of the rules which have the international character are applied directly to concrete cases where crimes were committed and to their perpetrators through the practices of the International Court of Justice of the Hague for former SFRY or the Court for Rwanda, and some only in case and when certain countries incorporate them in their national criminal legislation after ratification (for instance, the Convention on the laundry, search, seizure or confiscation of illegally gained income or UN Convention against transnational organized crime).

The notion of the international criminal law very often means a set of international documents, which is binding for the states, which accepted them to incorporate certain conducts qualified as crimes in their respective criminal legislations. According to such opinions, there are two kinds of international crimes – in narrow or broad sense. In narrow sense, these are the crimes contained in the sentences of Nuremberg (1946) and Tokyo (1948) courts: crimes against peace, crimes against humankind and war crimes. In a broader sense, it is any conduct, which the international community would like to suppress on the national level: crimes related to narcotics, trafficking in white slaves, weapons, nuclear substances, pornography and prostitution, hijacking, and similar.⁹

Therefore, the international criminal law, which referred to settling of conflicts of spatial validity of criminal laws and international legal aid, becomes the international criminal law, which refers to establishing of international crimes and penalties for their perpetrators. Considering the tendencies expressed during recent years in the field of international law in general, it can be assumed that the content of such an understood international criminal law will be extended further. After the Roman Statute of the International Criminal Court came into force it can be said that the international criminal law is a system of legal rules determined by this Statute establishing international crimes, basic penal responsibility and penal system for the perpetrators as well as the proceedings before the international

⁹ Stojanović, Z., *Krivično pravo, Opšti deo*, Beograd, 2001, p. 33

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

criminal court and the rules contained in the national criminal legislation determining basics and conditions for international criminal legal aid.¹⁰

But taking into account that in the majority of countries today there is a large number of the same or very similar crimes with the same type and range of prescribed penalties, that a great number of the institutes of criminal law in general refers to crimes, complicity, the system of criminal liability, and that the penal system which is unified to a great extent, the theory raised a question of unification of criminal legislation which would lead to the creation of such a criminal law which would be binding for all or at least the majority of countries and their citizens. This would in a specific manner bring about the idea of the international criminal law, which would be uniform and generally applied for the whole human and social community.

This concept, however, could not be brought to life at this level of mankind development, first of all due to the differences in socio-economic and political systems and legal system of certain countries (although there are certain shifts, for instance regarding the construction of criminal law of European union or European criminal law), and in addition to this due to the differences in opinions, degree of development, tradition, culture, criminal policy and other. This is why we talk less about a complex and thorough international criminal law and insist more that certain socially dangerous acts of the international character be established as punishable in all countries.

Therefore, the unification of criminal legislation under present conditions of development of international community is not realistic. This however does not mean that the cooperation among countries cannot and should not be established which would include building of certain general principles and rules of criminal law. It should also take into account that the legislations of some countries (such as Germany, France or Great Britain) have considerable influence on the development of criminal legislations of other countries (there is a great influence of Anglo-Saxon precedent criminal law in the countries of former Commonwealth).

THE TERM INTERNATIONAL CRIMINAL LAW

When we talk about this branch of positive law it is common to call it the international criminal law. This term is supposed to be first mentioned in Jeremy Bentham's *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation* published in 1789. But this term has often been criticized both by the older and the contemporary legal theory so that many substitutes have been found for it. The term – *droit criminel international* – was then used by Foelix in 1843 in his *Traite de droit international prive* although the usual French term today for this branch of law is *droit penal international*. In German literature this branch of law is termed *internationales Strafrecht* and in Italian literature *diritto penale internazionale*.

¹⁰ Jovašević, D., *Leksikon krivičnog prava*, Beograd, 2002, p. 275-276

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

This means that the name for this branch of law is determined by two words: 1) international and 2) criminal.

According to the opinions of some authors, the use of first word is justified by the fact that it comes from this branch of law – i.e. from the international legal documents. According to other authors, the international character of this branch of law comes from the object of regulation, i.e. crimes containing international elements, or from the object of protection, i.e. the humankind and international law (or minimum standards in the field of criminal law acknowledged by the civilized part of the world). It should also be said that even the opinions according to which we have the national criminal law consisting of a set of rules of a certain country establishing the spatial validity of that very national criminal law in case of crimes including the international elements are not rare.

Talking about the second word, it comes from the central notion or the institute of this branch of law. We use the term criminal law in the basis of which we have a notion of crime, criminal offence (lat. *Crimen* = crime) or the term penal law in the basis of which we have a notion of penalty (lat. *Poena* = penalty) depending on whether the criminal act or the penalty are considered the central notion and the institute of this branch of law.

In Russian, or former Soviet criminal law literature the term *действије уголовного закона в пространстве* is used more often than the term international criminal law - *русское уголовное право* that is also used.¹¹ This term means the spatial application of criminal law (from the word голова – head, synonym for death penalty as capital and most often-applied punishment).

However, in addition to the term international criminal law, the theory uses other terms for this branch of law which should determine the notion, content and the nature of this branch of law more thoroughly. There is also a term international penal law in use. This term actually includes all branches of law, which deal with public legal offences finding their source or support in the norms of international law (universal, regional or contractual legal documents). Even the term transnational or universal criminal law is in use, or interstate criminal law, which would consist of the rules determining the essence of interstate criminal offences and penalties for their perpetrators.¹²

In the recent French theory there are suggestions to name this branch of law the law of international criminal offences (which is too narrow considering that in addition to the field of criminal offences it includes also proceedings law, criminal legal aid, the boundaries of repressive power of a state and other), while some authors suggest the name public international criminal law as counter-balance to private international law considering that it is a branch of law dealing with public offences – crimes of international character.¹³

¹¹ Таганцев, *Русское уголовное право*, Москва, 1902, стр. 283 although this term is not used by other Russian legal authors: See: Меушагин, *Уголовное право*, Москва, 1948; Чхиквадзе, *Совjetское уголовное право, Общая часть*, Москва, 1960.

¹² Donedieu de Vabres, *Traite de Droit criminal et de Legislation penal compare*, Paris, 9191-9-0

¹³ Bustamante, *Droit international public*, 1937.IV, p. 828-829

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

THE SUBJECT OF INTERNATIONAL CRIMINAL LAW

Regardless of what term we use to name this branch of law, it is obviously the branch of law, which aims to determine international criminal offences, the penal system for their perpetrators, the bases and conditions of penal responsibility and culpability, as well as the procedures to establish liability and pronounce and execute penalties by the competent judicial authorities. The subject of the international criminal law therefore includes two notions and institutes – the notions of material and procedural character. The notion of general and the notion of special part of criminal law are distinguished within the material notion and institutes.

The subject of the general part of criminal law includes establishing of the notion and elements of international criminal offences, stages in their commitment, grounds excluding the existence of crime, commitment of crime by one person or types of complicity, grounds for criminal liability (state of mind and guilt) as well as the system of penalties and bases of excluding from criminal liability and right to punishment.

The special part of criminal law determines the notion, features and characteristics of basic, qualified and privileged forms of international crimes and penalties for their perpetrators.

The procedural part of international criminal law determines the system and organization of international criminal justice, architecture and course of proceedings (first instance proceedings and proceedings on appeal), place, role and status of certain proceedings subjects (parties and other participants) in conducting proceedings activities aimed at clearing and resolving criminal matter in whole in a legal and equitable manner.

However, when we speak about the international criminal law (as a branch of positive law) it should be said that this term in addition to the above said includes also the science of international criminal law as a law of legal science which studies all above mentioned terms and institutes which actually represent the subject of regulation and establishing of the international criminal law as a set of legal rules of the international community. On one hand this study aims at providing as good an understanding and as regular application on concrete practical cases as possible, and on the other hand at providing for its further development and improvement in order to increase the efficiency of action.

DIVISION OF INTERNATIONAL CRIMINAL LAW

Although the international criminal law represents a unique branch of positive law, it can be divided according to various criteria and we therefore distinguish several divisions of this branch of law.

The main division of the international criminal law is into material, proceedings and executive law. Material law represents a system of legal regulations, which determine the notion, and characteristics of international criminal offence, system of penalties and bases and conditions for establishing of penal responsibility and culpability. It can be implemented and manifested only through proceedings law.

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

Namely, the international criminal proceedings law determines the notion and types of proceedings subjects, guidelines, architecture and the course of criminal proceedings before the international courts. The international criminal executive law determines the procedure, manner and conditions for the execution of penalties pronounced by the international criminal court.

Material international criminal law can further be divided into the general and special, where these two parts are mutually connected and dependent on each other.

Within the international criminal law, we can distinguish the law having its source in the international documents and the law having its source in the national legal regulations. Within the latter law, we can distinguish the regulations contained in the Basic criminal law (former Criminal Law of FR Yugoslavia¹⁴), other federal regulations in the field of accessory and additional criminal law and regulations contained in the Criminal Proceedings Code.¹⁵

CONCLUSION

Following two and a half century long historical development a new branch of penal law – the international criminal law – has finally grew up at the beginning of 21st century. This branch of law has formally acquired ‘civil rights’ when the Roman Statute of the permanent International Criminal Court in the Hague came into force in the middle of 2003. It is namely the law which analogue to other branches of positive penal law determines the notion and elements of international criminal offences (aggression, crimes against humanity, genocide and war crimes), stages of their commitment, forms of complicity, notion and characteristics of penal responsibility, as well as a system of penalties (material law) and the notion and features of proceedings subjects: prosecution and courts, the course and architecture of criminal proceedings (procedural part).

By pronouncing sentences and execution of penalties to perpetrators of international crimes within Nuremberg and Tokyo courts, as well as by ad hoc tribunals, the norms of the international criminal law came into life in court practice. This has created not only theoretical and legal but also practical bases for establishing and further implementation of the international criminal law and this paper presents its basic notions, features and characteristics. Further development of national criminal laws and unification of many general and basic institutes of criminal law create bases for final establishment of transnational criminal law, which would include all, or at least the majority of contemporary civilization by its implementation.

¹⁴ On the basis of Art. 64 of Constitutional Charter of Serbia and Montenegro Union and Art. 20 of Law on implementation of constitutional charger, the federal regulations of former FRY are applied as regulations of Serbia and Montenegro (Official Gazette of Serbia and Montenegro no. 1/2003)

¹⁵ Official Gazette of FRY No. 70/2001 and 68/2002

Eastern European Criminal Law Journal

Volume 1, Issue 2 (January 2005)

LITERATURE:

- Avramov, S. Kreća, M., *Medjunarodno javno pravo*, Beograd, 1981.
- Basic Documents , *United Nations*, ICTY, 1995.
- Bassiouni, M.C., *Crimes against Humanity in International criminal Law*, Dordecht, 1992.
- Vučinić, Z., *Medjunarodno ratno i humanitarno pravo*, Beograd, 1996.
- Gattegno, P, *Droit penal special*, Paris, 2003.
- Geninet, B., *L indispensable du droit penal*, Paris, 2002.
- Djurdjić, V. – Jovašević, D., *Medjunarodno krivično pravo*, Beograd, 2003.
- Zlatarić, B., *Medjunarodno krivično pravo*, Zagreb, 1979.
- Janković, B., *Medjunarodno javno pravo*, Sarajevo, 1960.
- Janković, B.,- Radivojević, Z., *Medjunarodno javno pravo*, Niš, 2002.
- Jovanović, Lj. – Jovašević, D., *Krivično pravo, Opšti deo*, Beograd, 2002.
- Jovašević, D., *Leksikon krivičnog prava*, Beograd, 2002.
- Jovašević, D., *Komentar Krivičnog zakona SR Jugoslavije*, Beograd, 2002.
- Klotter, J.-Edwards, T., *Criminal Law*, Cinsinnati, 1998.
- Leon, F., *The Law of the War*, New York, 1972.